

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Aufstehen für den Frieden!



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 20 am 28. September 2001, Jahrgang 22, Preis 2,50 DM

20
2001

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 2400 94 68, Fax: 030 / 2400 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

BUNDESWEHR FÜHRT. Zunächst hatte es die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* lanciert: Die Bundesregierung habe angeboten, die militärische Führung bei einem Nato-Nachfolgeeinsatz in Mazedonien zu übernehmen. Der Nachfolgeverband für die Operation „Essential Harvest“ (Notwendige Ernte) solle 600 Mann umfassen und nach Planungen der Bundeswehr und der Nato aus deutschen, französischen und italienischen Einheiten bestehen (andere Quellen schreiben von 1200 Soldaten, davon 500 deutsche). Bei einem Besuch des deutschen Truppenstützpunktes Erebinio in Mazedonien am Dienstag, 26.9., hat der Nato-Generalsekretär Robertson (Großbritannien) bestätigt, dass die Bundeswehr diesen Führungsanspruch gestellt habe. Eine Entscheidung fällt nach Redaktionsschluss. Die bisherige Mission des Waffeneinsammelns sei ein Erfolg gewesen, meinten verschiedene Nato-Sprecher – die knapp 3000 abgelieferten UCK-Waffen sind damit weniger gemeint, sondern die abgenötigte Zustimmung des mazedonischen Parlaments zu Verfassungsänderungen. Die Anwesenheit von Nato-Truppen sei aber weiterhin nötig – nicht zuletzt um Druck auf die mazedonische Regierung auszuüben. So äußerte Nato-Generalsekretär Robertson, nach der Verfassungsreform müsse jetzt das Parlament eine Amnestie für UCK-Kämpfer beschließen.

IRRTUM? Die Neue Zürcher Zeitung meldet am 21.9., dass die denkmalgeschützte Bahnrampe des ehemaligen KZs Bergen-Belsen im Auftrag der deutschen Bundeswehr irrtümlich teilweise abgerissen worden ist. An der Bahnrampe waren während der Naziherrschaft die Gefangenen für das KZ angekommen. Die zuständige Standortverwaltung habe nichts von dem Denkmalschutz der Anlage gewusst; die Bundeswehr ist Eigentümerin des Geländes. Jetzt will die Bundeswehr den ursprünglichen Zustand wiederherstellen lassen.

ARZNEIMITTEL. Nachdem im ersten Halbjahr 2001 die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen um 11% gestiegen sind, versucht die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt Gegenmaßnahmen in Absprache mit den Kassen. Die Apotheker sollen in Zukunft ein wirkstoffidentisches, kostengünstiges Arzneimittel abgeben, wenn der Arzt nicht ausdrücklich auf der Abgabe eines bestimmten Arzneimittels besteht (sogenannte aut-idem Regelung). Außerdem soll der Apothekenabgabepreis, der den Apotheken eine feste Spanne zwischen Einkaufs und Verkaufspreis garantiert, nach Umsatz gestaffelt werden. Neben den Apothekern soll auch die Pharmaindustrie einen „Solidarbeitrag“ leisten: ein Preisabschlag bei den Arzneimitteln (die Rede ist von 3 bis 5%) soll gesetzlich geregelt werden, die weder der Festbe-

tragsregelung unterliegen noch zur Selbstmedikation bestimmt sind. Wie zu erwarten, protestieren Apothekerverbände und Pharmaindustrie heftig gegen die Pläne der Gesundheitsministerin, denn sie vermuten Einbußen. Die Ärzteverbände dagegen dagegen stimmen zu. Arbeitgeberpräsident Hundt kritisiert ebenfalls die einseitige Belastung der Pharmaindustrie und verlangt wieder einmal höhere prozentuale Zuzahlungen durch die Patienten. Auch die FDP mault über „Zwangsrabatte“. Über diesem Streit nach bekanntem Muster gerät in Hintergrund, dass die Ministerin auch versucht, durch Empfehlungen, die Ärzteschaft und Kassen regional erarbeiten und umsetzen sollen, das Verschreibungsverhalten der einzelnen Ärzte rationaler und damit wirtschaftlicher zu gestalten.

GEGEN BILLIGFLAGGEN. Vom 24. bis zum 28. September 2001 rufen die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) zum sechsten Mal zu einer Aktionswoche gegen Billigflaggen auf. Die Aktion findet zeitgleich in 29 weiteren europäischen Ländern statt. Ihr Ziel ist es, für Schiffe, die ohne Tarifverträge unter Billigflaggen fahren, den ITF-Tarifvertrag zu vereinbaren. „Auf Schiffen unter Billigflagge wird Sicherheit grundsätzlich klein geschrieben“, kritisierte das zuständige ver.di-Bundesvorstandsmitglied Jan Kahmann. Die Arbeitsbedingungen seien katastrophal, die Schiffe befänden sich häufig in schlechtem technischen Zustand. Die Seeleute müssten sich mit einem Hungerlohn abfinden: Unter Billigflagge ohne Tarifvertrag würden den Matrosen in der Regel einschließlich der anfallenden Überstunden nur 300 bis 500 US-Dollar im Monat gezahlt. Der ITF-Tarifvertrag hingegen garantiere den Seeleuten eine monatliche Mindestlohn von 1250 US-Dollar. Außerdem sehe der ITF-Tarifvertrag vor, dass Lösch- und Lascharbeiten von Hafenarbeitern ausgeführt werden müssten und keine Seeleute dafür eingesetzt werden dürften. In diesem Jahr beteiligen sich in Deutschland 13 Häfen an der Aktionswoche: Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Kiel, Rostock, Lübeck, Emden, Brake, Nordenham, Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Stade. Während der europäischen Aktionswoche im Jahre 2000 sind europaweit 500 Schiffsinspektionen durchgeführt worden. Dabei wurden 21 neue Tarifverträge abgeschlossen und ausstehende Heuern in Höhe von 40 777 US-Dollar ausgezahlt. Allein in Deutschland wurden 75 Schiffe kontrolliert. Für fünf Schiffe wurde ein neuer ITF-Tarifvertrag abgeschlossen. Ende 2000 gab es noch 18 630 Schiffe unter billiger Flagge. 5 947 dieser Schiffe fahren mit einem ITF-Vertrag. Dadurch sind über 100 000 Seeleute auf Billigflaggenschiffen durch einen Tarifvertrag abgesichert.

Diese Ausgabe der Politischen Berichte legt den Schwerpunkt auf die Konsequenzen, die die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte aus dem furchtbaren Terrorangriff auf politische und wirtschaftliche Zentren in den USA ziehen. Die USA haben sich, von ihren Verbündeten unterstützt, darauf festgelegt, den Terror mit Krieg zu beantworten. Allem Anschein nach scheinen sie ihre militärische Präsenz in Zentralasien auf lange Zeit etablieren zu wollen. Die Kriegsvorbereitungen nach außen werden durch Maßnahmen nach innen ergänzt, die als „Kampf gegen den Terrorismus“ legitimiert werden. Doch wer sich mit der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Terrorismus-Definition in Verbindung mit dem neuen §129b auseinandersetzt, wird feststellen, dass ganz andere Ziele verfolgt werden.

Die neuen Bestimmungen, treten sie in Kraft, halten etwa die hier lebenden Kurden, Palästinenser oder Tamilen unter permanenter Bedrohung, ebenso jede kritische, parteiliche Berichterstattung über die Konflikte, die sie zur Migration in die BRD gezwungen haben. Die neue Terrorismus-Definition zeigt ein hohes Maß an Bereitschaft der staatlichen Organe, oppositionelle Bewegungen als „terroristisch“ verfolgen zu können, ja den innergesellschaftlichen Diskurs dem staatlichen Gewaltmonopol zu unterstellen. Denn es ist praktisch unvermeidlich, dass soziale und politische Bewegungen, um die Gesellschaft wenigstens zur Kenntnisnahme, wenn nicht zur Anerkennung ihrer Anliegen und zum Diskurs darüber zu zwingen, zu Mitteln des zivilen Ungehorsams und symbolischer Konfrontation greifen – man denke nur an die Blockaden der Friedensbewegung der 80er-Jahre, an die Aktionsformen der Anti-AKW-Bewegung oder der Hausbesetzerbewegung oder auch an die meist ganz friedfertigen Besetzungen von irgendwelchen Parteibüros, die in vielen Bewegungen als Mittel beliebt waren und sind, um die Öffentlichkeit aufzurütteln. Man kann ermesen, was es bedeutet, werden solche Ausdrucksformen zur Unterstreichungskritischer Meinungsäußerung als „Terrorismus“ verfolgt. Können Beteiligte z.B. wegen der Besetzung einer Kreuzung auf Jahre ins Gefängnis geworfen werden, wird gesellschaftlicher Widerstand teils erstickt, teils in einen Fundamentalismus getrieben und an den Rand gedrängt, die Gesellschaft formiert. Man kann aber auch ermesen, in welchem erstarrten Zustand die Gesellschaft sich heute befände, wäre die BRD mit den Widerstandsbewegungen der letzten Jahrzehnte so brutal verfahren.

Widerstand ist unvermeidlich. *sc*

Friedensbewegung beschließt bundesweite Aktionen

Aufstehen für den Frieden!

Kundgebung und Demonstration am 13. Oktober in Berlin

*Bundesausschusses Friedensratschlag
Kassel, den 23. September 2001*

Am Wochenende fand in Kassel ein Treffen der Friedensbewegung statt, zu dem der Bundesausschuss Friedensratschlag kurzfristig eingeladen hatte. Gekommen waren rund 150 Teilnehmer/innen aus über 50 Städten und Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die weltpolitischen Folgen der Anschläge von New York und Washington.

In einem einleitenden Referat beschrieb Prof. Dr. Werner Ruf (Universität Kassel) die gegenwärtige weltpolitische Situation als äußerst bedrohlich. Die Terroranschläge vom 11. September hätten eine völlig neue Dimension des internationalen Terrorismus aufgezeigt. Klar geworden sei aber auch, dass es keinen vollständigen Schutz vor solchen menschenverachtenden Wahnsinnstaten gebe. Da helfen auch keine Milliardeninvestitionen in den Ausbau des Militärs und der Geheimdienste. Ruf warnte auch eindringlich davor, die Welt in eine „gute“ und „böse“, in eine „zivilisierte“ und eine „barbarische“ Welt aufzuteilen, wozu die US-amerikanische Regierungspropaganda neigt. Insbesondere der Islam sei – entgegen einer weit verbreiteten Meinung – eine Weltreligion, die sich durch Toleranz und Solidarität auszeichne und deshalb auch in keiner Weise für den Terrorismus verantwortlich gemacht werden könne. Zu befürchten sei aber, dass große Teile der islamischen Welt bei US-Kriegshandlungen gegen Afghanistan und/oder andere Länder des Nahen/Mittleren Ostens in Kriege und Bürgerkriege hinein gezogen werden.

Dr. Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, machte darauf aufmerksam, dass nach der „Wucht des Terrors“ nun eine „Wucht des Krieges“ bevorstünde, woraus sich eine unheilvolle Spirale der Gewalt und Verwüstung entwickeln könne, worunter vor allem die Zivilbevölkerung leiden würde. Wenn es der Menschheit nicht gelingt, die drohenden Rachefeldzüge der USA zu verhindern oder zu stoppen, drohe das 21. Jahrhundert zu einer „Epoche des permanenten Kriegszustandes“ zu werden. Vehement wandte sich Strutynski gegen die von US-Präsident Bush erichtete neue Doktrin, wonach man entweder auf Seiten der USA sei oder an der Seite der Terroristen. In dieses „einfältige Schwarz-Weiß-Schema“ lasse sich die Friedensbewegung nicht zwingen. Sie halte auch weiterhin an ihrer Position fest, dass Terror nicht mit Krieg beantwortet werden dürfe. „Bestrafung: ja, Ra-

che und Vergeltung: nein!“

In den Diskussionen, die in drei Arbeitsgruppen geführt wurden, wurde deutlich, dass die Friedensbewegung nach den Terroranschlägen des 11. September mit vielfältigen und unzähligen Aktionen in der ganzen Bundesrepublik nicht nur ihre Trauer um die Opfer zum Ausdruck gebracht, sondern sich auch deutlich gegen vorschnelle, vor allem militärische Antworten ausgesprochen hat. Bei den vielen Gesprächen und Begegnungen der letzten Tage habe sich gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht kriegsbereit ist. Die vom Bundeskanzler versprochene „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA dürfe sich auf keinen Fall auf militärische Optionen beziehen. Besonnenheit und ein langer Atem zur Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus seien angesagt, nicht blindwütiges Draufschlagen.

Nach 5-stündigen Beratungen zeigte sich die Friedensbewegung einig in der Orientierung auf die nächsten Aktions-schritte. Beschlossen wurde die Durchführung einer bundesweiten Kundgebung und Demonstration in Berlin am 13. Oktober; für Baden-Württemberg soll am selben Tag eine regionale Aktion (wahrscheinlich in Stuttgart) stattfinden. Die drei Wochen bis dahin werden von der Friedensbewegung als „Aktionswochen“ vor Ort genutzt. Für notwendig erachtet wird die intensive Diskussion mit und in großen gesellschaftlichen Gruppen wie den Kirchen, Gewerkschaften, ausländischen Vereinen und nicht christlichen Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus wurden bereits Kontakte zu Gruppen der Dritte-Welt-Bewegung und der Globalisierungskritiker hergestellt.

Am kommenden Freitag, den 28. September, wird sich ein Trägerkreis zur Vorbereitung der bundesweiten Kundgebung in Berlin bilden (16 Uhr, Humboldt-Universität, Unter den Linden).

Verabschiedet wurde ebenso einmütig am Ende der Konferenz ein Aufruf der Friedensbewegung, der auch die Grundlage für den Aufruf zur Berliner Großkundgebung am 13. Oktober bilden soll. Die Überschrift lautet „Aufstehen für den Frieden“. Darin wird dem „Feldzug“ der USA und einer Beteiligung der Bundeswehr daran eine klare Absage erteilt. Konflikte, so heißt es, könnten nur „ohne Krieg gelöst“ werden. Schließlich müsse eine „neue Spaltung der Welt“ verhindert werden.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Dr. Peter Strutynski (Sprecher)

Quelle: www.friedensratschlag.de

Aufruf zu einer weltweiten neuen Anti-kriegskoalition

Handelt jetzt, um den Krieg zu stoppen und den Rassismus zurückzudrängen

Bitte schließt Euch uns an und unterschreibt diesen Aufruf:

Gemeinsam mit Menschen in der ganzen Welt verurteilen wir die schreckliche Tötung von Tausenden von Personen bei den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September. Unsere tiefe Anteilnahme gilt allen, deren liebe Angehörige am 11. September 2001 umgekommen sind oder verletzt wurden. Wir wollen uns in einem solchen Augenblick alle ein wenig Zeit nehmen, um uns zu besinnen, zu trauern und allen unsere Sympathie und unser Mitgefühl zu bekunden. Aber wir glauben auch, dass wir mehr tun müssen. Wir müssen jetzt handeln.

Wir sind dabei, eine Bewegung mit dem Name „International A.N.S.W.E.R.“ zusammenzubringen, um zu weltweiten Aktionen gegen Krieg und Rassismus aufzurufen. Am 29. September wird vor dem Weißen Haus in Washington ein Protestmarsch und eine Kundgebung mit Teilnehmern aus allen Teilen der USA stattfinden, und zugleich Protestmärsche auch an der Westküste der Vereinigten Staaten sowie in der ganzen Welt. Wir appellieren an alle verantwortungsbewussten Menschen und fortschrittlichen Organisationen, diesen Ruf aufzugreifen und weltweit Kundgebungen abzuhalten.

Wenn wir Präsident Bush und die NATO nicht daran hindern, einen neuen großen Krieg im Mittleren Osten und darüber hinaus zu führen, wird die Zahl der unschuldigen Opfer weiter von bisher Tausenden auf Zehntausende und mehr ansteigen. Ein neuer großer Krieg der USA und der NATO im Mittleren Osten kann nur zu einer eskalierenden Spirale der Gewalt führen. Krieg ist keine Antwort.

Auch müssen wir gegen den Rassismus aktiv werden. Menschen arabischer Abstammung und Muslime ebenso wie Angehörige anderer farbiger Bevölkerungsgruppen sind in den USA, in Europa und anders wo in ihren Wohngemeinden, am Arbeitsplatz und in Moscheen rassistischen Angriffen und Belästigungen ausgesetzt. Der anti-arabische und anti-muslimische Rassismus ist ein Gift, das entschieden zurückgewiesen werden sollte.

Die Regierung der USA versucht, die Bürgerrechte einzuschränken und ein Klima zu erzeugen, in dem es fortschrittlichen Menschen unmöglich ist, ihre Meinung frei zu äußern. Die Bush-Administration versucht, diese Krise auszunutzen, um die US-amerikanische Gesell-



In aller Welt finden nach dem 11. September nicht nur Solidaritätsbekundungen mit den Opfern der Attentate statt, sondern sehr bald auch vielfältige Manifestationen gegen Kriegsvorbereitungen und erstarkenden Rassismus statt. In vielen Orten der BRD gingen vor allem Schüler und Schülerinnen auf die Straße, finden Mahnwachen statt, werden größere Demonstrationen vorbereitet. (Bilder: USA, Hamburg, 22. Sept.)

schaft durch eine gigantische Aufstockung des Polizeiapparats zu militarisieren, mit der beabsichtigt wird, grundlegende demokratische Rechte weitestgehend einzuschränken.

Am 29. September war geplant, dass Zehntausende gegen die reaktionäre Außen- und Innenpolitik der Bush-Administration und gegen IWF und Weltbank demonstrieren. Angesichts der gegenwärtigen Krise mit gravierenden Folgen für so viele Tausend Menschen haben wir den Schwerpunkt unseres Aufrufs auf die unmittelbare Gefahr gerichtet, die durch verstärkten Rassismus und die ernste Drohung eines neuen Krieges heraufbeschworen wird.

Wir appellieren an Menschen in der ganzen Welt, an diesem Tage zu demonstrieren.

Es ist an der Zeit, dass sich alle verantwortungsbewussten Menschen, alle Menschen, die gegen Rassismus und Krieg sind, zusammenschließen. Wenn Sie an demokratische Grundrechte glauben und gegen Rassismus und Krieg sind, demonstrieren Sie am 29. September vor dem Weißen Haus und weltweit. Am 12. und am 13. Oktober sind die Internationalen Aktionstage gegen Krieg und Rassismus. Wir appellieren an alle Organisationen weltweit, sich in diesen schweren Zeiten zusammenzuschließen und aktiv zu werden.

Übersetzung: Klaus von Raussendorff und Oliver Wagner

Erstunterzeichner: Ramsey Clark, former U.S. Attorney General • Bishop Thomas Gumbleton, Auxiliary Bishop, Catholic Archdiocese of Detroit • Teresa Gutierrez, Co-Director, International Ac-

tion Center • Al-Awda, New York and New Jersey • Barbara Lubin, Exec. Director, Middle East Children's Alliance • Jews Against the Occupation • Rev. Lucius Walker, Pastors for Peace • Karen Talbot, International Center for Peace & Justice • Committee for a Democratic Palestine • Michel Chossudovsky, Professor of Economics, U. of Ottawa • Howard Zinn, Historian, Author • Michael Parenti Ph.D., Author of Against Empire • Ben DuPuy, former Deputy Ambassador-at-Large, Haiti • Nania Kaur Dhillon, Sikh Student Organization, GWU • Martin Espada, Poet • Sakhi for South Asian Women • Women for Afghan Women • Michele Naar-Obed, Plowshares activist, Jonah House, Baltimore • Pam Africa, International Family & Friends of Mumia Abu-Jamal • Michel Collon, author and journalist, Belgium • Heidelberg Forum Against Militarism and War, Germany • Italian Tribunal on NATO Crimes in Yugoslavia • Elmar Schmaehling, Retired Admiral, German Navy • Kadouri Al Kaysi, Committee in Support of Iraqi People, NY • Wolfgang Richter, President, European Peace Forum • Green Party, Maryland • Sally Davies, President AFSCME Local 1072 • Craig Newman, Chief Steward, AFSCME Local 1072 • Eric Easton, Vice President of National Action Network • Rev. David Carl Olson, Minister, Community Church, Boston • Baltimore Coalition Against the War • Campaign Against Plan Colombia, Barcelona, Spain • Women's International League for Peace & Freedom, Baltimore and Catonsville Chapters • Ricardo Juarez, Pasamontañas • Nino Pasti Foundation, Rome, Italy • Information-Post on Militarism, Tobias Pflueger & Claudia Haydt, Germany • New Communist Party of the Netherlands • African Immigrant and Refugee Coalition of N. America • Dominican Workers Party, NY • Chuck Kaufman, National Co-Coordinator, Nicaragua Network • Ray LaForest, Labor Organizer, 1707 AFSCME • Heidi Boghosian, Executive Director, National Lawyers Guild • Tom Hansen, Mexico Solidarity Network • Kriss Worthington, Berkeley City Council • Leonora Foerstal, Women for Mutual Security • Congress for Korean Reunification • Asha A. Samad, Human Rights Center • April 25 Movement of the Dominican Repu-

blic, NY • Vieques Support Campaign • John Kim, Veterans for Peace, NYC Chapter • SEIU Local 1877, Bay Area, CA • Njeri Shakur, Texas Death Penalty Abolition Movement • Michel Shehadeh, Los Angeles 8 Case Respondent • Muslim Student & Faculty Association • Marco Frucht, Editor and Publisher, Activist Times • Leslie Feinberg, transgender author, Rainbow Flags for Mumia • Minnie Bruce Pratt, writer and anti-racist activist • Steven Gillis, Exec. Bd, USWA Local 8751, Boston School Bus Drivers • Susanne Kelly, Secretary Treasurer, Local 334 OPEIU • Garibaldi Collective, Barcelona, Spain • Batasana, Euskal, Pasque • Helena Papadopoulos, Center for Comparative Study of Law and Society, Lebanon • All Peoples Congress, Baltimore • Unity for Action, Baltimore • Sharon Ceci, shop steward, United Food & Commercial Workers Union, Local 27 • Mitchell Cohen, Green Party USA, Brooklyn Greens • Milos Raickovich, College of Staten Island, CUNY • Carlos Eden, Rawshar Project for Indigenous People-Chile • Jamie York, Cuba Advocate Newsletter, MT • Brian Barraza, Association of Mexican American Workers • Justin Vitello, Professor, Temple University, Philadelphia • Mahtowin Munro & Moonanum James, United American Indians of New England • SAFRAD Somali Association • Monica Moorehead, Workers World Party • Arab Cause Solidarity Committee, Madrid, Spain • Korea Truth Commission • Struggle Against War Coalition, Italy • Trades Union International of Building and Wood Workers, Finland • LEF Foundation, St. Helena, CA • Vanguard Public Foundation, San Francisco • Consuela Lee, musician • Bohemian Grove Action Network, Sonoma County, CA • Sonoma County Free Press (CA) • Nadine Rosa-Rosso, General Secretary, Workers' Party of Belgium • Karim Lopez, Institute for Mass Communications • Oklahoma Socialist Cooperative, Oklahoma • Arab Women's Solidarity Association, San Francisco Chapter • Susan E. Davis, co-chair, NY Local, National Writers Union, UAW Local 1981 • James Lafferty, National Lawyers Guild, Los Angeles • Freedom Socialist Party • Johnnie Stevens, People's Video Network • Campaign Against Racism & War, Oberlin, Ohio • Vietnam Veterans Against the War Anti-Imperialist • Dr. Pol De Vos, President, Anti-Imperialist League, Belgium • Refuse and Resist • Klaus von Raussendorff, Anti-Imperialist Correspondence, Germany • Dr. Bert De Belder, Coordinator, Third World Medical Aid, Belgium • Dr. Jean Pestieau, Professor, Catholic University of Louvain, Louvain-la-Neuve, Belgium • Tri-Valley Communities Against a Radioactive Environment, California • Klaus Hartmann, President of World Union of Freethinkers, Germany California Prison Focus • Anuradha Mittal, Executive Director, Food First/Institute for Food and Development Policy • Radical Women • Sandra Robertson, Georgia Citizens Coalition on Hunger • Al-Awda Massachusetts (Palestinian Right to Return Coalition) • Radio Arabyat, Boston, Mass • Vanessa Marques, Portuguese-American Relief for Palestine • Rima Anabtawi, Al-Awda Coordinating Committee • Committee to Defend Amer Jubran and Palestinian Free Speech Rights • Gloria La Riva, Western Reg. Co-Director, Intl. Action Center • Richard Becker, Western Reg. Co-Director, Intl. Action Center • Falco Accame, former president, Defense Commission, Chamber of Deputies, Italy • Gerry Scoppettuolo, Dir. of Educ., So NH HIV/AIDS Task Force • Media Monitors Network Southern, CA, mediamonitors.net • Athos Fava, Secretary for International Relations, Communist Party of Argentina • Patricio Echegary, General Secretary, Communist Party of Argentina • Bay Area CISPES • Leila Sansour, TV producer, London • Marina Drummer, Community Futures Collective • California Prison Focus • Muna Hamzeh, Author and Journalist

Quelle: www.iacenter.org

Washington, New York – und die Gewerkschaften

Solidarität, Gerechtigkeit, kein Krieg!

Ein Diskussionspapier von ver.di Baden-Württemberg

Am 19. September 2001 legte die Bezirksleitung Baden-Württemberg der Gewerkschaft ver.di ein umfangreiches Diskussionspapier zu den Terroranschlägen von New York und Washington vor. Wir dokumentieren es im Folgenden mit dem Begeleitschreiben der Landesbezirksvorsitzenden und hoffen auch in den Reihen der Friedensbewegung auf eine breite Resonanz. Das Papier hat es verdient.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die Attentate in New York und Washington haben uns alle entsetzt, sie haben bei vielen KollegInnen ein fast vergessenes Gefühl der Angst vor einem neuen Krieg ausgelöst und sie haben uns vielfach sprachlos gemacht.

Langsam beginnt in den Betrieben, Verwaltungen und in den gewerkschaftlichen Gremien die Diskussion. Die Bedrohung durch eine neue Form des Terrors, aber auch durch eine neue Kriegsgefahr, muss uns als Gewerkschaften, die wir unsere Lektion aus der Geschichte gelernt haben, auf den Plan rufen.

Zur Unterstützung eurer Diskussion legen wir euch ein Thesenpapier der Landesbezirksleitung bei. Eine „Beschlussvorlage“ ist es nicht und soll es auch nicht werden. Dazu wird es noch vieler Argumente und Diskussionen bedürfen.

Wir möchten euch bitten, diese Debatte aufzunehmen und örtliche Veranstaltungen im Sinne unserer friedenspolitischen Grundanliegen zu initiieren oder zu unterstützen.

Ich selbst werde auf einer Kundgebung des Friedensnetzes Baden-Württemberg, dem als Mitglied auch der DGB angehört, am Donnerstag, den 20. September um 18.00 Uhr auf dem Stuttgarter Schlossplatz sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Sybilie Stamm

Landesbezirksleiterin

Washington, New York – und die Gewerkschaften Solidarität, Gerechtigkeit, kein Krieg!

Herausforderung

Für die Gewerkschaften gibt es viele Gründe sich an vorderster Stelle mit den neuen Formen des Terrorismus und seinen Folgen auseinander zu setzen, ihre Sprachlosigkeit zu überwinden und in die Entwicklungen einzugreifen. Wie in New York und Washington, wo es KollegInnen der Fluggesellschaften, der Banken, Versicherungen, JournalistInnen und Kulturschaffende, Putzfrauen, Boten, Feuerwehrleute und Polizisten traf, werden ArbeitnehmerInnen immer zu den er-

sten Opfern dieser neuen Form von Terrorismus zählen, die anonym agiert, tausendfachen Tod in Kauf nimmt und möglicherweise auf noch weitere Massenvernichtungsstrategien zurückgreifen wird.

Viele der von den TäterInnen beabsichtigten Folgen werden eintreten. Die globale Ökonomie wird nicht in die Knie gehen, aber sie wird in vielen Bereichen ins Stottern geraten, sektorale Verwerfungen und Umstrukturierungen werden die Folge sein, die immer weitreichende Konsequenzen für ArbeitnehmerInnen haben werden. In vielen konfliktnahen Branchen, wie Luftfahrt und Tourismus, sind langfristige Strukturkrisen mit Firmenschließungen, „Marktbereinigungen“ und Arbeitsplatzverluste zu befürchten. Natürlich wird es auch Branchen geben, die ungewollt von den Anschlägen profitieren, wie Schifffahrt, Rüstungsindustrie oder Sicherheitsdienstleistungen.

Die Konjunkturentwicklung wird durch Nachfragezurückhaltung und steigende Energiepreise weiter belastet, die in Aussicht stehende Erholung rückt in weite Ferne – mit negativen Folgen für die Arbeitsmärkte.

Die öffentlichen Haushalte haben deshalb mit zusätzlichen Einnahmehausfällen zu rechnen und werden auf der Ausgabenseite vor allem mit zusätzlichem Aufwand im Sicherheits- und Militärbereich belastet. Da weder Steuererhöhungen noch eine zusätzliche Kreditaufnahme von der Bundesregierung zu erwarten sind, wird sich der Druck in allen sozialstaatlichen Aufgabenfeldern erhöhen. In allen Verteilungskonflikten, vor allem im Öffentlichen Dienst (Zusatzversorgung Herbst 01 und Lohnrunde 10/02) wird die Arbeitgeberposition unter Berufung auf die neue Lage noch restriktiver sein.

Verarbeitung

Die erste Reaktion auf den Schrecken war gesellschaftliche Trauer: Schweigeminuten, Blumen, Kerzen, Trauergottesdienste. Es war gut, dass die Gewerkschaften dies in den Betrieben oftmals initiiert und in anderen Bereichen mitgetragen haben. Es ist auch eine zivilisatorische Errungenschaft, dass es eine klassenübergreifende Betroffenheit angesichts solcher Ereignisse gibt, die ein Stückweit gemeinsam verarbeitet wird. Die Ausdrucksformen, mit denen die Gesellschaft Trauer verarbeitet, dürfen nicht ungeduldig als unpolitisch abgewertet werden. Sie helfen auch Angst zu bewältigen. Revanchedenken und blinde Aggression sind oft die Kehrseite unbewältigter Angst.

Option Rache

Auf der Handlungsebene sind zwei gegensätzliche Reaktionsmuster in der

öffentlichen Diskussion: die Option einer rechtsstaatlichen Bewältigung unter völlig neuen Bedingungen und die Option Vergeltung, die derzeit noch Politik und öffentliche Meinungsbildung dominiert. Ihr hat sich die Bundesregierung durch den Nato-Beistandsbeschluss angeschlossen. Auch die Kriegsrhetorik, Bugwelle kriegerische Auseinandersetzungen, hat sich der deutschen Politik bemächtigt.

Die Einstufung der Terrorakte als Krieg gegen einen Nato-Staat legitimiert Krieg gegen andere Staaten als Antwort und verpflichtet alle Nato-Staaten zur Unterstützung eines solchen Kriegs. In einem realen Sinne sind solche Formen des Terrorismus Krieg. Sie sind von den Tätern so gemeint und benannt und ihre Dimensionen, Erscheinungsformen und Bilder sind tatsächlich die eines Krieges. In einem völkerrechtlichen Sinne aber, der nach Nato-Statut erst Krieg als Reaktion erlauben würde, ist dies kein Krieg, weil er nicht von einem Staat oder einer Bürgerkriegspartei geführt wird und bisher auch kein Staat der unmittelbaren Unterstützung überführt ist, die einen kriegerischen Gegenangriff rechtfertigen würde.

Die Terroranschläge nicht als Krieg zu definieren, bedeutet nicht, sie in ihren Auswirkungen „herunterzustufen“ unterhalb der Ebene eines Krieges. Es bedeutet, sie als andere Form des Massenmordes zu definieren, die aber Krieg als Antwort nicht rechtfertigt und vor allem als sinnlos und gefährlich erkennbar werden lassen soll.

Das Szenario Vergeltung durch Krieg kann sein erklärtes Ziel schon rein militärisch nicht erreichen, weil die hochgerüsteten Militärapparate nicht die verborgene internationale Infrastruktur und Logistik des modernen Terrors treffen werden. Mit Sicherheit werden sie aber die Bevölkerungen der angegriffenen Länder treffen und viele Opfer bei Soldaten und Zivilbevölkerung mit sich bringen. Schon die Ankündigung von Kriegsschlägen hat zu größeren Fluchtbewegungen in dem ohnehin völlig verarmten Afghanistan geführt. Die Grenzen zu Pakistans und Iran sind geschlossen, die Hilfsorganisationen, die bisher großteils die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt haben, sind abgezogen. Humanitäre Katastrophen sind die zwangsläufige Folge.

Militärische Gegenschläge besiegen den Terrorismus nicht, sondern stärken ihn. Das zeigt das Beispiel Israel. Likud und Scharon haben die Wahlen in Israel mit dem Argument Frieden durch Härte und militärische Stärke gewonnen. Das glatte Gegenteil ist eingetreten: getroffen wurde die ohnehin unterentwickelte staatliche Infrastruktur in den autonomen Gebieten, der Terrorismus aber hat stark zugenommen, er erreicht immer häufiger Israel selbst. Das Scheitern des Friedensprozesses in Nahost dürfte ein entscheidender Auslöser der Attentate



München, 22. September. Der Grünen-Politiker Benker warnte u.a. vor Brandreden, denen dann irgendwann wieder Brandsätze folgen, wie teils schon geschehen, und die das friedliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten gefährden.

von Washington und New York gewesen sein.

Das gescheiterte Reaktionsmuster von Scharon zum Vorbild der weltweiten Bekämpfung des Terrorismus zu machen, wird zu einer Globalisierung des Terrorismus führen und den von den Fundamentalisten beider Seiten proklamierten „Kampf der Kulturen“ (der abendländischen gegen die islamische oder der „zivilisierten“ gegen die „unzivilisierte“ Welt) zur Folge haben. Einen Krieg vorzubereiten, der nur willkürlich sein kann und Unschuldige zu Opfern macht, wird die globale Polarisierung religiöser oder ethnischer Trennlinien entlang zur zwangsläufigen Folge haben. Appelle, es dazu nicht kommen zu lassen, sind hilflos und unglaublich.

Option Rechtsstaatlichkeit

Unmittelbare Gerechtigkeit besteht in der Befriedigung des Anspruchs, der TäterInnen und MittäterInnen habhaft zu werden und sie zu bestrafen. Verzicht auf

willkürliche Kriegsmaßnahmen bedeutet nicht Verzicht auf Strafverfolgung und Gerechtigkeit. Die Gewerkschaften sollten daher eine rechtsstaatlich ausgerichtete, aber konsequente Nutzung aller Mittel der Strafverfolgung, insbesondere der internationalen polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung fordern und unterstützen. Die Entwicklung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit als Teil eines globalen Gewaltmonopols im Rahmen der UNO ist erforderlich. Die Durchsetzung eines rechtsstaatlichen Strafverfolgungsanspruchs, notfalls auch mit polizeilichen oder militärischen Mitteln kann dabei eine unvermeidliche Konsequenz sein, sie ist aber etwas anderes als willkürliche militärische Vergeltungsmaßnahmen gegen mutmaßliche TäterInnen oder UnterstützerInnen.

Die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit bei der Verfolgung von Terrorismus ist selbst eine grundlegende Voraussetzung erfolgreicher Terrorismusbekämpfung.



Schülerdemonstration am 19.9. in Berlin



In Köln finden täglich Mahnwachen vor dem Kölner Dom statt. Am 22. September fand eine kleine Demonstration statt, die vor allem von afghanischen Studenten getragen wurde. Für den 28. September plant das Kölner Aktionsbündnis gegen Krieg und Rassismus eine Kundgebung und Demonstration. Bild: Arbeiterfotografie

Willkürliche, völkerrechtlich nicht legitimierte Militäroperationen wirtschaftlich und militärisch überlegener Staaten sind staatliche Selbstjustiz und lösen in den betroffenen Gesellschaften ein tiefes Gefühl der Ungerechtigkeit aus und demütigen sie. Als Folge nimmt die Bereitschaft, Terror als Kampfstrategie der Schwachen zu rechtfertigen und seine „Erfolge“ zu feiern, zu. Extrem Gedemütigte können den Einsturz des WTC als Genugtuung empfinden. Ein rechtstaatliches Vorgehen dagegen wäre ein Beitrag zur Delegitimierung des Terrors und würde in islamisch geprägten Ländern die Kooperation bei der Verfolgung des Terrorismus erleichtern.

Ursachen

Langfristig und grundsätzlich wird sich Terrorismus nur eindämmen lassen, wenn seine Ursachen bekämpft werden. Religiöser Fanatismus, Hass, Geringschätzung des eigenen und des Lebens anderer, Furchtlosigkeit vor dem Tod sind die Konsequenzen von Ausweglosigkeit, des Verlusts jeder Perspektive eines menschwürdigen (Über)lebens in immer mehr Ländern. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt letztlich in einer Zuspitzung der globalen Verteilungsungerechtigkeiten. Die Spanne zwischen armen und reichen Ländern hat sich seit 1960 weit mehr als verdoppelt. Ähnlich hat sich das Einkommensgefälle innerhalb der Volkswirtschaften entwickelt. Dies ist Folge einer über Weltbank und IWF vermittelten Deregulierung, die die Sozialstaatsausgaben auch der ärmsten Länder (vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung) herunterdrückte und zu einem entsprechenden Zuwachs von Arbeitslosigkeit und Armut führte. Hunger, regionale Konflikte mit großen Flüchtlingsbewegungen sind oft die Folge tiefer Eingriffe in die natürlichen Lebensgrundlagen vieler unterentwickelter Länder –

Ergebnis der hauptsächlich von den Industrienationen produzierten Klimabelastungen.

Nachdem bei all diesen Entwicklungen die USA eine Schlüsselfunktion innehaben, setzt sich eine Diskussion über die Ursachen des Terrorismus vor dem Hintergrund der Attentate in den USA leicht dem Verdacht aus, den Opfern eine Mitschuld an ihrem Schicksal zu geben oder dem Terrorismus auf einem Umweg Verständnis entgegenzubringen – und wird daher vielfach gemieden. Es geht indes nicht um Verständnis im Sinne von Einverständnis, sondern um Verstehen, also um die Suche nach Erklärungen, um der Spirale des Terrors zu entkommen.

Eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, die das Einkommensgefälle zwischen Arm und Reich zwischen den und innerhalb der Volkswirtschaften verringert, die Schluss macht damit, dass der Wohlstand der einen (Länder und Klasse) auf Kosten der anderen geht, ist am ehesten in der Lage, langfristig den Terrorismus einzudämmen. Stichworte hierzu sind:

- die Demokratisierung von IWF und Weltbank
- Maßnahmen zur Stabilisierung der Wechselkurse und Finanzmärkte
- Einführung einer Steuer auf spekulative Finanztransfers (Tobin-tax)
- Schuldenerlass und verbesserte Marktzugänge für Entwicklungsländer
- Wirksame Maßnahmen des Klimaschutzes, insbesondere zur Senkung des Energieverbrauchs, v.a. der Industrieländern.

Konsequenzen

Angesichts dieses Szenarios müssen sich die Gewerkschaften ihrer historischen Erfahrungen besinnen und zur Friedensbewegung werden.

Wenn es dabei bleibt, dass die Parlamentsparteien, von CSU bis zu den Grü-

nen, nur noch darin unterscheiden, ob sie das Szenario der Vergeltung aktiv unterstützen oder es mit Fatalismus geschehen lassen wollen, wird den Gewerkschaften eine entscheidende Rolle in der außerparlamentarischen Opposition gegen eine militärische Eskalation zufallen.

Unsere Anteilnahme am Tod so vieler US-AmerikanerInnen, verpflichtet uns nicht zur blinden Gefolgschaft einer Politik der Vergeltung, die den Frieden weltweit aufs Spiel setzt und weiteres sinnloses Sterben zur Folge haben wird. Sie verpflichtet uns zum Gegenteil: zu einem Kampf für Gerechtigkeit.

ArbeitnehmerInnen in Deutschland sind nicht nur Betroffene von Deregulierung und Sozialabbau, sie ziehen auch als Teil der reichen Industrieländer indirekte Vorteile aus dem Gefälle zwischen reichen und armen Ländern. Den Gewerkschaften dieser Länder stellt sich, auch als Folge der Anschläge in Washington und NewYork, die Frage, ob sie bereit und in der Lage sind, eine Umorientierung (nicht Absenkung) der westlichen Wohlstands- und Konsumkultur, die weit in ArbeitnehmerInnenmilieus hineinreicht, im Sinne einer globalen Sozial- und Umweltverträglichkeit mitzutragen, ob sie zum Beispiel bereit sind die Agrarwende (Reduzierung Fleischkonsum, Verteuerungen), eine Umorientierung in der Verkehrspolitik (Stichwort IAA/Autokultur/Massentourismus) zu unterstützen.

Auch bei den Fragen der quantitativen Einkommensverteilungen zwischen Erster und Dritter Welt sind die Gewerkschaften involviert. Wenn sie frei in ihren tarifpolitischen Entscheidungen und nicht selbst oft genug die Getriebenen der Globalisierung wären, müsste man den Gewerkschaften eine Mitverantwortung für das zunehmende globale Einkommensgefälle geben. Denn durch ihre korporatistische Einbindung in eine nationale Standortpolitik haben die meisten Gewerkschaften der westlichen Welt nolens volens teil gehabt an dem Runterkonkurrieren der Sozial- und Einkommensbedingungen im globalen Wettbewerb, bei dem die ArbeitnehmerInnen in allen Ländern verloren haben, am schmerzhaftesten aber die in den Drittweltländern.

Die tarifpolitische Konsequenz wäre das Umdrehen des Spießes: eine offensive Lohn- und Verteilungspolitik, die global abgestimmt sein müsste, könnte die sowohl innerhalb wie zwischen den Volkswirtschaften weit gespreizte Einkommensschere wieder ein Stück schließen. Dies müsste der spezifische Beitrag der Gewerkschaften zu mehr globaler Gerechtigkeit, weniger Verwerfungen und weniger Terrorismus sein. Allerdings setzt dies voraus, dass die Gewerkschaften sich aus ihren nationalen Handlungsbegrenzungen lösen, sich mental, organisations- und tarifpolitisch dem Thema Globalisierung öffnen und selbst zu Global Playern werden.

Gegen den Mainstream

Eine von europäischen NGOs verbreitete Erklärung fordert europäische Politiker auf, die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen. Sie bezieht sich auf das berühmteste amerikanische Überwachungssystem ECHELON. „Die Existenz von ECHELON hat den Geheimdiensten keine Informationen über die Attacken gegen die USA zur Verfügung gestellt, so dass wir im Ergebnis beunruhigt sind, dass ECHELON und ähnliche Systeme die Rechte der europäischen Bürger bedrohen werden, ohne ihre erklärten Zielstellungen zu erreichen.“ Hat ECHELON, das weltweit angelegte Abhörsystem, versagt? Keine Reaktion während der barbarischen Attacken gegen das World Trade Center und das Pentagon, obwohl das System doch alle elektronischen Signale etc. aufnehmen und überwachen soll. Wenn europäische NGOs die Gefahr sehen, dass es mehr gegen den Bürger eingesetzt wird, als reale Gefahren abzuwenden, dann sind dazu Fragen sicher erlaubt.

Vor allem: Warum hat es nicht funktioniert? Waren vier entführte Flugzeuge nicht ausreichend, um das System tätig werden zu lassen? Reichte die Zeit nicht aus, um rechtzeitig zu reagieren, obwohl zwischen den einzelnen Anschlägen erheblich viel Zeit verstrich? Es fragt sich, weshalb die US-amerikanischen Geheimdienste vor dem Anschlag keine Informationen hatten, aber nach den ersten Meldungen sofort wussten, wo der „Feind steht“.

Die Eile, mit der die alten, neuen Feindbilder aufgebaut wurden, macht misstrauisch. Und schon erklärte Georg W. Bush, oder wie er inzwischen auch genannt wird, Bush der II., den „Kreuzzug“ gegen die islamische Welt. Die hochtechnisierte Welt, das christliche Abendland will Rache, und Bundeskanzler Schröder spricht von einer „Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt“. Da haben wir ihn, den „Kampf der Kulturen“, den Huntington „voraussagte“. Der amerikanische Politologe Samuel Huntington hat 1993 in einem Aufsatz in „Foreign Affairs“ vom „Clash of Civilisation“ philosophiert, wonach die USA erstmals das Kriterium kultureller Konfrontation mit in außenpolitische Überlegungen einbeziehen solle.

Der Anschlag auf Ziele in den USA, bei dem unschuldige Menschen ihr Leben ließen, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Aber, wer bestimmt, wer zur „zivilisierten Welt“ gehört? Noch Fragen? Nein, denn das bestimmt allein die abendländische Kultur, eben die westliche, von der dagegen der deutsch-syrische Islamkenner Bassam Tibi in einer Untersuchung über den Zusammenprall der Kulturen

dagegen stellt, dass „die Welt nicht McDonaldisiert, sondern entwestlicht“ wird. Und in einer UN-Resolution vom Herbst 1998 wurde das Jahr 2000 zum Jahr des „Dialoges der Zivilisationen“ erklärt. Ist das nun vergessen?

Niemand kann sich Illusionen über den Charakter der Bush-Administration machen. Zusammengesetzt aus den Konservativsten der Konservativen, wollen sie Vergeltung – und wie Fernsehberichte aus den USA immer wieder bestätigen – muss Georg W. Bush so handeln, denn hinter ihm stehen die Kreise, die gegenwärtig diese Verschärfung der Weltlage wollen. Und diesen dramatischen Anlass dazu rigoros und skrupellos ausnutzen wollen.



Zu Hunderttausenden flieht die afghanische Bevölkerung vor den drohenden Angriffen

Die US-Wirtschaft ist auf dem Wege in eine Rezession. Die Börsen der Welt zeigen stark fallende Indizes. Nichts wäre besser für den militärisch-industriellen Komplex, als wenn es militärische Abenteuer geben würde und die neue Weltordnung mit amerikanischen Waffen durchgesetzt werden könnte.

Norman Paech und Gerhard Stuby schreiben in ihrem in diesem Jahr herausgegebenen Buch „Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“ (VSA-Verlag 2001, Hamburg): „Der Widerspruch, dass eine derartige ‚Neue Weltordnung‘ sich nicht von sich selbst einstellen wollte, sondern ihr Auftakt im Herbst 1990 dann mit einer Militäraktion gegen den Irak begann, fiel zunächst nicht auf. Denn sie vollzog sich im Namen der UNO ... Spätestens seit der NATO-Aggression gegen Jugoslawien ist die Euphorie über die Möglichkeiten der UNO, aber auch über die ‚Neue Weltordnung‘ gedämpft, wenn nicht verfliegen.“ Verfliegen, weil die USA mit der Bush-Administration die UNO missachten und mit selbstgewählter Alleinvertretung den Gang der Dinge in der Welt bestimmen wollen. Es kann nur als Kniefall vor der stärksten Macht der Welt, den USA, gewertet werden, wenn Bundeskanzler Schröder im Zusammenhang mit der UN-Sicherheitsrat-Resolution 1368 vom

12.9.01 meint, dass sie die „völkerrechtlichen Voraussetzungen“ für militärische Schläge der USA und der NATO böte und er in dieser Frage eine „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ sieht. Das ist falsch, denn die Resolution hat „alle Staaten dringend zur Zusammenarbeit aufgerufen, um die Täter, die Organisatoren und Unterstützer dieser terroristischen Anschläge vor Gericht zu bringen“ und unterstreicht, dass jene, die den Tätern geholfen, sie unterstützt oder ihnen Unterschlupf gewährt haben „zur Verantwortung gezogen werden.“ Darin kann niemand eine Zustimmung für Militärschläge gegen andere Staaten erkennen.

Jaques Chirac, der als erster Europäer

nach dem Anschlag in den USA weilt, hat unmissverständlich klar gemacht, dass die UNO das geeignete Instrument wäre, um den weiteren Gang der Dinge zu bestimmen. Russland und China, als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, haben Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus signalisiert. Kein Land der nichtständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates hat gegen die Resolution 1368 gestimmt. Doch die USA ignorieren die UNO, brüskieren ihre ständigen Mitglieder, brüskieren die Welt, die zu Besonnenheit aufruft und Beweise sehen will. Paech/Stuby schreiben: „Es wäre eine zynische Art der Völkerrechtsreform, mittels moralischer Rechtfertigung die Durchbrechung des strikten (individuellen) Gewaltverbots durch sog. humanitär Interventionen als gewohnheitsrechtliche Fortentwicklung des Völkerrechts auszugeben.“ Wohlgermerkt, Herr Schröder, eine zynische Art von einer „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ in dieser Situation zu sprechen!

Was gegenwärtig auf der Weltbühne vor sich geht, ist offene Machtpolitik. Und diese ist gefährlich!

Noch ein Zitat, selbst wenn es auch langweilen sollte: Zbigniew Brzezinski in „Die einzige Weltmacht“ (Beltz Quadriga Verlag, Weinheim und Berlin, 1997): „Amerikas primäres Interesse muss folg-

lich sein, mit dafür zu sorgen, dass keine einzelne Macht die Kontrolle über dieses Gebiet (gemeint ist Eurasien – der Verf.) erlangt und dass die Weltgemeinschaft ungehinderten Zugang zu ihr hat.“ Es geht um Pipelines- und Transportrouten, die „direkt mit den großen Wirtschaftsknotenpunkten der Welt“ verbunden werden müssen. Russland, das gegenwärtig durchaus eine moderate Position einnimmt, scheint froh zu sein, wenn es seinen Krieg gegen den Terrorismus in Tschetschenien rechtfertigen kann. Auch China befürchtet eine Ausweitung der Aktivitäten der radikalen Islamisten in Zentralasien. Aber weder Russland noch China werden erfreut sein, dass die USA nun direkt und unmittelbar in Zentralasien Fuß fassen wollen und damit auch das Kaspische Meer und den Kaukasus stärker in ihre Einflussphäre einbeziehen werden.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist außerordentlich erforderlich. Aber er muss anders geführt werden, als die USA das gegenwärtig führend betreiben. Gefordert sind Krisenprävention, soziale Entwicklung, Dialog zwischen Ländern und Religionen, gefragt sind Wege zur Verbesserung der Kommunikation und Schaffung eines weltweiten Konsenses. Der Terrorismus als strukturelles Problem des Kapitalismus wird mit Staatsterrorismus nicht ausgerottet werden können. Wenn es zwischen Israel und Palästina vor allem um Land, Wasser und Lebensraum geht, die religiöse Auseinandersetzung dafür immer wieder Vorwände liefert, so geht es auch und vor allem in den asiatischen und arabischen Ländern um tiefe soziale Veränderungen. Terrorismus entsteht vor allem und zualtererst auf dem Boden extremer sozialer Gegensätze, auf dem Boden nationaler und ethnischer Konflikte, aber auch als Ausfluss nationalistischen Denkens und Handelns, zu dessen Verschärfung die USA in der Golfregion nicht wenig beigetragen haben.

Hat sich die Welt nach dem 11. September grundlegend verändert, wie manche behaupten (auch in der PDS)? Sicher, es ist Ungeheuerliches geschehen. Tausende Menschen wurden ermordet, Angst greift in der Welt um sich. Die Zahl der Menschen, die zu Vernunft und Ausgewogenheit aufrufen, wächst. Die Bischöfin aus Hannover widerspricht ihrem obersten Herrn und fordert die Bundesregierung auf, nicht dem militanten Kurs der Bush-Administration zu folgen. Das gibt Mut und Zuversicht, dass mehr und mehr Menschen gegen den Wahnsinn aufstehen werden. Aber die, die meinen, dass die Welt nach dem 11. September nicht mehr die gleiche sei wie vorher, irren: Der 11. September hat wiederum mit aller Brutalität gezeigt, in welchem System wir leben, was in diesem System möglich ist, aus ihm heraus agiert. Es ist an der Zeit, dass die erwachen, die diese Sicht bisher noch nicht haben.

Dokumentiert

EU/BRD: Erste Maßnahmen nach innen

EU-Kommission definiert erstmals den Begriff Terrorismus

Brüssel (dpa) – Die Europäische Kommission hat am Mittwoch (19.9. – Red.) erstmals eine gemeinsame Definition des Begriffs Terrorismus vorgeschlagen. Dpa dokumentiert die entsprechende Passage aus dem Artikel 3 des Entwurfs für ein Rahmenabkommen zum Kampf gegen den Terrorismus in eigener Übersetzung:

1. Jeder Mitgliedsstaat ergreift geeignete Maßnahmen, um die folgenden Straftaten, festgelegt in nationalem Recht, absichtlich begangen von einem Einzelnen oder einer Gruppe gegen ein Land oder mehrere Länder, ihre Institutionen oder ihre Bevölkerung mit dem Ziel, die politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen zu bedrohen und stark zu beeinträchtigen oder zu zerstören, als terroristische Taten zu bestrafen:

a) Mord; b) Körperverletzung; c) Entführung oder Geiselnahme; d) Erpressung; e) einfachen oder schweren Diebstahl; f) die unerlaubte Inbesitznahme öffentlicher Einrichtungen, öffentlicher

Transportmittel, von Infrastrukturen, öffentlichen Orten und Gütern oder die ihnen zugefügten Schäden; g) Herstellung, Besitz, Erwerb, Transport oder Bereitstellung von Waffen und Sprengstoffen; h) die Freisetzung giftiger Stoffe oder die Verursachung von Bränden, Überschwemmungen oder Explosionen, die Gefährdung von Menschen, Gütern, Tieren oder der Umwelt; i) die Störung oder Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Elektrizität oder anderen Grundgütern; j) Aufträge für Attentate, die ein Informationssystem stören; k) die Drohung mit einer der oben aufgezählten Straftaten; l) die Führung einer terroristischen Vereinigung; m) die Ermunterung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung oder die Beteiligung an einer terroristischen Gruppe.

2. Im Sinne des vorliegenden Rahmenabkommens ist eine terroristische Gruppe eine strukturierte Vereinigung von mehr als zwei Personen, die für einen gewissen Zeitraum agiert und abgestimmt vorgeht, um terroristische Straftaten zu begehen, die in Paragraph 1, Punkte a) bis k) festgelegt sind.

Kabinett beschließt §129b

Mit Datum vom 20.9.2001 übersandte die Bundesregierung den als „besonders eilbedürftig“ gekennzeichneten „Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – § 129b StGB“ an den Bundesrat. Im Begleitschreiben heißt es: „Mit dem Gesetz soll die Strafbarkeit der §§ 129, 129a StGB auch auf ausländische kriminelle und terroristische Vereinigungen erweitert werden. Diese Maßnahme soll so schnell wie möglich in Kraft treten.“ Wir dokumentieren den Entwurf vollständig.

Bundesrat Drucksache 725/01
20.09.01

Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – § 129b StGB (... StrÄndG)

A. Problem und Ziel

Nach geltendem Recht setzt die Strafbarkeit der Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung nach den §§129, 129a des Strafgesetzbuches (StGB) voraus, dass diese Vereinigungen zumindest in Form einer Teilorganisation im Bundesgebiet bestehen (BGH St 30, 328, 329f.). Die Gemeinsame Maßnahme der EU vom 21. Dezember 1998 betreffend die Strafbarkeit der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in den Mitgliedsstaaten der EU (ABl. L 351 vom 29. Dezember 1998, S. 1) verpflichtet die

Mitgliedstaaten allerdings dafür zu sorgen, dass die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in ihrem Hoheitsgebiet strafrechtlich geahndet werden kann, und zwar „unabhängig von dem Ort im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, an dem die Vereinigung ihre Operationsbasis hat oder ihre strafbaren Tätigkeiten ausübt“. Dies führt zur Notwendigkeit der Ausdehnung der §§ 129, 129a StGB auf kriminelle oder terroristische Vereinigungen in den EU-Mitgliedsstaaten. Die jüngsten terroristischen Anschläge in den Vereinigten Staaten lassen eine Erstreckung der genannten Vorschriften über die EU hinaus generell auf im Ausland tätige kriminelle oder terroristische Vereinigungen erforderlich erscheinen, um den internationalen Terrorismus effektiv zu bekämpfen.

B. Lösung

Einführung eines § 129b in das Strafgesetzbuch, demzufolge die §§129, 129a StGB auch für Vereinigungen im Ausland gelten.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Keine.

E. Sonstige Kosten

Keine.



Entwurf eines ... Strafrechtsänderungsgesetzes – § 129b StGB (... StrÄndG)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht zum siebenten Abschnitt des Besonderen Teils wird nach der Angabe „§129a Bildung terroristischer Vereinigungen“ in einer neuen Zeile die Angabe „§129b StGB Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland“ eingefügt.

2. Nach §129a wird folgender §129b eingefügt:

„§129b

Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland

Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

Zu Artikel 1 (§129b StGB neu)

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist §129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), ebenso §129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), nur auf Vereinigungen anwend-

bar, die zumindest in Form einer Teilorganisation im Bundesgebiet bestehen (BGH St. 30, 328, 329 f.). Sind Mitglieder einer ausländischen kriminellen Vereinigung im Inland tätig, machen sie sich nur mit dieser Einschränkung nach §129 strafbar; die Strafbarkeit nach anderen Vorschriften, soweit deren Tatbestand verwirklicht ist, bleibt unberührt. Eine Ausnahme von der einengenden Auslegung der §§129, 129a StGB gibt §30b des Betäubungsmittelgesetzes für den Bereich der Drogenkriminalität vor; diese Vorschrift erweitert den Anwendungsbereich des §§129 auf Organisationen, insbesondere Drogenkartelle, die nicht oder nicht nur im Inland bestehen.

Zu einer Erweiterung der §§129, 129a StGB verpflichtet auch die Gemeinsame Maßnahme vom 21. September 1998 betreffend die Strafbarkeit der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABl. L 351 vom 29. Dezember 1998, S. 1). Mit dieser Gemeinsamen Maßnahme wird die Empfehlung Nummer 17 des vom Europäischen Rat in Amsterdam im Juni 1997 gebilligten Aktionsplans zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität umgesetzt. Gemäß Artikel 4 Unterabsatz 1 der Gemeinsamen Maßnahmen haben die Mitgliedstaaten dafür zu sorgen, dass die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung in ihrem Hoheitsgebiet strafrechtlich geahndet werden kann, und zwar „unabhängig von dem Ort im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten, an dem die Vereinigung ihre Opera-

tionsbasis hat oder ihre strafbaren Tätigkeiten ausübt“.

Aus Artikel 4 Unterabsatz 1 der Gemeinsamen Maßnahmen folgt, dass die einengende Auslegung der §§ 129, 129a (Einschränkung auf kriminelle oder terroristische Vereinigungen, die wenigstens eine Teilorganisation im Inland haben) für das Gebiet der Europäischen Union nicht mehr in Betracht kommt. Zweck des neuen §129b ist es zunächst deshalb, den Anwendungsbereich der §§129, 129a auf kriminelle oder terroristische Vereinigungen auszudehnen, die nicht oder nicht nur im Inland, sondern ausschließlich in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union bestehen.

Angesichts der Ereignisse des 11. September 2001 in New York und Washington ist deutlich geworden, welche Gefahr von außereuropäischen kriminellen und terroristischen Vereinigungen droht. Der Anwendungsbereich soll deshalb auf kriminelle und terroristische Vereinigungen weltweit erweitert werden.

Der Wortlaut der neuen Vorschrift erfasst auch den Fall, dass die kriminelle oder terroristische Organisation in einem ausländischen Staat gegründet oder dies versucht worden ist (vgl. §129 Abs. 3, §129a Abs. 1 i.V.m. §23 Abs. 1 StGB).

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Da eine Vorlaufzeit nicht erforderlich scheint, soll das Gesetz sobald wie möglich, nämlich am Tage nach der Verkündung, in Kraft treten.

Es ist derzeit noch schwierig, die erörterten, ins Auge gefassten, unmittelbar vorbereiteten oder schon beschlossenen Maßnahmen der europäischen wie der deutschen Organe systematisch zu erfassen. Hier einige Hinweise:

Aus der **EU-Kommission** wurden am 19.9. folgende Vorschläge bekannt: eine einheitliche EU-Definition terroristischer Verbrechen; ein einheitlicher Haftbefehl mit direkter Überstellung, der in allen Fällen schwerer Kriminalität die bestehenden Auslieferungsverfahren ersetzen soll; Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Europol mit wichtigen Drittstaaten; Kooperationsabkommen zwischen Europol und den USA; Europol soll zur Plattform eines gemeinsamen EU-Nachrichtendienstes ausgebaut werden; Europol soll nicht nur als Informationsdrehscheibe funktionieren, sondern auch gezielt operationell eingesetzt werden; im Kontext terroristischer und anderer krimineller Umtriebe soll der nachträgliche Zugang zu möglicherweise relevanten Informationen erleichtert werden. *Quelle: Neue Zürcher Zeitung*

Schlussfolgerungen des außerordentlichen **Rates der EU-Justiz- und Innenminister** vom 20.9.:

Viele der beschlossenen Schritte laufen darauf hinaus, die Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten weiter einzureißen, so soll u.a. ein Team von Antiterrorspezialisten zusammengestellt werden, das aus Verbindungsbeamten der Polizei- und Nachrichtendienste besteht, der Informationsaustausch ausgeweitet werden, die operationelle Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Nachrichtendiensten verstärkt werden. Weitere Maßnahmen zielen auf die Verschärfung der Kontrollen an den Grenzen und den Informationsaustausch über ausgestellte Visa bzw. die verschärfte Praxis bei der Visavergabe ab. *Quelle: PE des belgischen EU-Vorsitzes vom 20.9.*

Die **Bundesregierung** hat die Abschaffung des sogenannten Religionsprivilegs im Vereinsgesetz beschlossen und einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet. Damit werden de facto alle Religionsgemeinschaften unter den Generalverdacht gestellt, etwas mit Terrorismus zu tun zu haben, außerdem der Eindruck erweckt, dass „der Islam“ ein geradezu mörderisches Glaubensbe-

kenntnis darstellt. Beschlossen hat das Kabinett die Einführung eines neuen Paragraphen 129 StGB b (s. Dokumentation). Von verschiedenen Seiten (Schily, Mitglieder der bayerischen Landesregierung) in die Diskussion getragen wurden weiterhin: Regelanfrage beim Verfassungsschutz für alle Zuwanderer; schnellere Abschiebung von Straftätern; Einsatz der Bundeswehr auch im Innern zur Sicherung von Flughäfen oder herausgehobenen Einrichtungen; Fingerabdruck im Pass; Maßnahmen gegen Geldwäsche; Lockerungen beim Datenschutz.

(Quelle: Freiheit verteidigen, Thesenpapier zu den innenpolitischen Konsequenzen aus den Anschlägen in den USA von Ulla Jelpke, PDS MdB)

Alle **Bundesländer** haben inzwischen die Rasterfahndung beschlossen und begonnen.

Falls die **NATO** den Bündnisfall feststellt und die Bundesregierung zustimmt, werden gemäß Artikel 80a Abs.3 GG Rechtsvorschriften über die „Verteidigung und den Schutz der Zivilbevölkerung“ aufgesperrt. Der GG-Kommentar spricht von ziviler „Teilmobilmachung“. *(Quelle: SZ14.9.)*

Die BRD und der drohende Krieg

Bundeswehr als „Armee im Einsatz“

Nicht ganz zwei Wochen nach dem Anschlag in den USA sprach der Generalinspekteur der Bundeswehr, Kujat, vor dem sicherheitspolitischen Kongress der CSU. Seine jetzige Amt als Generalinspekteur und sein künftiges als Vorsitzender des Militärausschusses der Nato¹ geben seinen Worten besonderes Gewicht.

Kujat sprach über die Umstrukturierung der Bundeswehr, nicht ohne Stolz wies er darauf hin, dass der Angriff auf die USA deutlich mache, wie richtig die sicherheitspolitische Lage durch die Militärs beurteilt worden sei, um dann bei der Forderung zu münden, dass die Trennung von Polizei und Armee nicht mehr zeitgemäß und der Gesetzgeber dementsprechend gefordert sei.²

Woher – Wohin

Die Bundeswehr sei im Rahmen der Blockkonfrontation im Rahmen einer Strategie der Kriegsverhinderung durch Abschreckung entstanden. Im Frieden hatte der Personalstand der Armee den Ausbildungsbetrieb zu gewährleisten. Im Spannungs- bzw. Kriegsfall wären durch Mobilisierung und Einziehung von Reservisten kampffähige Verbände entstanden.

Nun habe sich die Bundeswehr zur Einsatzarmee entwickelt. Zur Zeit stünden ca. siebentausend direkt im Einsatz, dadurch würde ein Personal von vielleicht dreißigtausend gebunden. Daneben sei der Ausbildungsbetrieb aufrechtzuerhalten. In der Folge verfüge die Bundeswehr kaum über einsatzfähige Einheiten. Einsatzgruppen müssten aus vielen Dutzenden Verbänden herausgerissen und zusammengestückelt werden, die Leute kannten sich nicht.

Ziel der Reform wird es laut Kujat sein, die Stärke der verfügbaren Einsatzkräfte auf 150.000 zu erhöhen.

Man habe sich auf viererlei Operationen einzustellen:

- „- eine sehr große Operation, das ist Bündnisverteidigung im eigenen Land unter Einsatz aller Kräfte, oder

- eine große Operation, das ist die Bündnisverteidigung außerhalb Deutschlands gemäß NATO-Contingency Operation Plan mit ca. 50.000 Soldaten über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, oder

- zwei mittlere Operationen, wie z.B. die Einsätze auf dem Balkan oder auch Verpflichtungen gemäß European Headline Goal mit jeweils ca. 10.000 Soldaten über mehrere Jahre und

- mehrere kleine Operationen, z.B. Evakuierung oder humanitäre Hilfeleis-

tung mit jeweils ca. 1000 Soldaten parallel zu allen anderen.“³

Alleine schon diese Aufgabenstellung macht klar, wieso auf die allgemeine Wehrpflicht nicht verzichtet werden kann, denn hier kann sehr leicht eines zum anderen führen und zum Schluss alles gleichzeitig eintreten, wofür dann die gesamte dienstfähige junge Generation benötigt würde. Also braucht es eine Armee, die „aufwachsen“ kann, und das geht nur, wenn allgemeine Wehrpflicht besteht.

Kujat selbst unterstreicht, dass auch die Einsatzkräfte nur bei Fortbestand der Wehrpflicht aufrechterhalten werden könnten. Dass es in anderen Ländern auch ohne Wehrpflicht geht, lässt er im mündlichen Vortrag nicht gelten. In Deutschland könnten auf der Basis völliger Freiwilligkeit nicht mehr als 120.000 aufgeboden werden, auch schöpfe die Armee ihr besser qualifiziertes Personal aus Wehrpflichtigen, die dann verlängerten.

Letzten Montag ging die Meldung durch die Presse, die Bundesregierung habe der Nato angeboten, die Führung des Nachfolge Einsatzes der Nato in Mazedonien zu übernehmen, falls nämlich Großbritannien wegen seiner Beteiligung an Schlägen im mittleren Osten überfordert sei.⁴



Vor diesem Hintergrund ist eine scharfe gesellschaftliche Auseinandersetzung um Fragen der Wehrpflicht und der Erhaltung der Wehrkraft zu erwarten. *maf*

¹ SZ 24.9.01, Christoph Schwennicke: (Kujat) steht kurz vor einem Wechsel zur Nato nach Brüssel als Vorsitzender des Militärausschusses. Das ist das bedeutendste militärische Gremium der Nato-Partner. In ihm sind die Generalinspektoren beziehungsweise Generalstabschefs der Partnerländer zusammengefasst. Dem italienischen Amtsinhaber wurde zuletzt eine unbefriedigende Amtsführung nachgesagt.

² Kujat Rede nach www.bundeswehr.de „Der Angriff auf die USA durch eine nichtstaatliche Terrorgruppe hat deutlich gemacht, wie richtig unsere Analyse der sicherheitspolitischen Lage nach dem kalten Krieg war. Moderne Sicherheitspolitik braucht einen umfassenden Ansatz. Wir müssen Sicherheit als umfassend und unteilbar, weit über die militärische Dimension hinaus und geographisch kaum eingrenzbare verstehen. Sicherheit wird nicht mehr überwiegend durch militärische Potenziale bedroht. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit haben sich verwischt. Die strikte Trennung zwischen den Organen der inneren und der äußeren Sicherheit ist nicht mehr zeitgemäß, es besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf.“

³ ebenda Die gegenwärtige Struktur der Bundeswehr ist während der vier Jahrzehnte andauernden Konfrontation politischer und militärischer Blöcke entstanden. Sie war ausgerichtet auf Kriegsverhinderung durch Abschreckung, Teil einer gestaffelten Vorverteidigung zur Abwehr einer möglichen Invasion des Warschauer Paktes in Westeuropa. Struktur und Personalausmaß der Einheiten und Verbände reichte aus, die Ausbildung im Frieden zu gewährleisten. Alle übrigen Dienstposten wären im Kriegsfall von Reservisten besetzt worden.

⁴ www.netzeitung.de: Die deutsche Bundesregierung ist offenbar bereit, die militärische Führung bei einem Nachfolge-Einsatz der Nato in Mazedonien zu übernehmen. Einen entsprechenden Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ wollte das Verteidigungsministerium in Berlin am Sonntag nicht kommentieren, meldet die Agentur dpa.

Freispruch wegen Fahnenflucht- Aufruf rechtskräftig – neuer Desertions-Aufruf gegen den neuen Krieg

Am 18.9.2001 erhielt der Anwalt von Tobias Pflüger, Rechtsanwalt Holger Rothbauer, eine Kopie eines kurzen lapidaren Schreiben der Staatsanwaltschaft Tübingen an das Landgericht Tübingen vom 12.9.2001, in dem es – unterschrie-

ben von Staatsanwalt Dr. Klose – heißt: „Die Berufung der Staatsanwaltschaft Tübingen gegen das Urteil des Amtsgerichts Tübingen – 12 Cs 15 Js 6706/99 – wird hiermit zurückgenommen.“

Das heißt: Der Freispruch des Amtsgerichts Tübingen vom 28.6.2000 wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht im Zusammenhang mit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien ist hiermit rechtskräftig!

Der rechtskräftig freigesprochene Tobias Pflüger sagte zu dem Urteil: Damit ist für Recht empfunden worden, dass ich Soldaten aller Kriegsparteien während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien dazu aufgerufen habe, zu verweigern oder zu desertieren. Begründung war ein „unvermeidbarer Verbotsirrtum“.¹ (Näheres zum Prozess [Urteil, Schriftverkehr, Presseberichte, Solidaritätsaktionen etc.] unter <http://www.tobias-pflueger.de>)

Ich kann mich aufgrund der neuen weltpolitischen Situation² allerdings nicht recht freuen über den rechtskräftigen Freispruch. Die US-Regierung, die NATO und die deutsche Bundesregierung bereiten derzeit Rachekriege wegen der brutalen und entsetzlichen Mega-Anschläge von New York und Washington vor.

Der „erste Krieg des 21. Jahrhundert“ (Bush), „der Kampf Gut gegen Böse“ (Bush), sei ein „langer Kreuzzug“ (Bush), ein „weltweiter Feldzug“ (Bush). Jede militärische Aktion sei möglich.

Die Vereinten Nationen (UN) haben nicht etwa beschlossen, dass die Verantwortlichen für die Anschläge mit militärischer Lynchjustiz „ausgeräuchert“ (Bush) und „vernichtet“ (Bush) werden sollten, nein, die UN sprachen davon, dass sie „vor Gericht zu bringen“ sind.

Richtig. Terrorismus ist kein Krieg!

Die Bundesregierung will an militärischen Vergeltungsaktionen teilnehmen. Eine Beteiligung der Bundeswehr und dort der Elitkampftruppe „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) – mit der ich mich seit Jahren intensiv beschäftige – ist vorgesehen.

Deshalb:

Aufruf

Ich fordere die US-Regierung, die NATO und die Bundesregierung auf, auf Racheaktionen, insbesondere Krieg, zu verzichten. Ist Rache ein Akt einer „zivilisierten Welt“? Ich meine nein! Statt Rache ist eine Bekämpfung von Ursachen von Terrorismus überfällig. Ich rufe hiermit alle Soldaten, die bei Rachekriegen wegen der brutalen Anschläge in den USA – gegen wen auch immer – eingesetzt werden sollen, dazu auf:

- verweigert die Befehle, die verfassungswidrig und völkerrechtswidrig zur Teilnahme an Rachekriegen auffordern. (Es handelt sich hier nicht um einen Artikel 5 Fall der NATO!, Terrorismus ist kein Krieg) Es besteht nach dem Soldatengesetz die Pflicht, völkerrechtswidrige Befehle zu verweigern.

- verweigert den Kriegsdienst nach Artikel 4. Abs. 3 Grundgesetz

- oder verweigert den Kriegsdienst total, da der „Zivildienst“ als Kriegsdienst ohne Waffe auch in militärische Planungen eingebunden ist

- oder desertiert, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, sich dem Krieg zu entziehen!

- Ich rufe die Soldaten der anderen NATO-Staaten (USA, Großbritannien, Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Irland, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Ungarn, Polen, Tschechien, Griechenland und Türkei) dazu auf, verweigert den Kriegsdienst und/oder desertiert (s.o.)!

Die Begründung für den Freispruch im jetzt rechtskräftigen Urteil vom 28.06.2000 trifft auch heute wieder zu.¹

Wer sich diesem Aufruf anschließen will schicke bitte eine e-mail an mailto: aufruf@tobias-pflueger.de. Der Aufruf kann weiter verbreitet werden.³

Bei Unterstützung des Aufrufes bitte eine e-mail an mailto: aufruf@tobias-pflueger.de. Begründungen kann jede/r schreiben wie sie/er will.

V.i.S.d.P.: Tobias Pflüger, Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen

<http://www.imi-online.de> und <http://www.militarisierung.de>

1 „1. Der Angeklagte war bei der Begehung der angeklagten Taten der festen Überzeugung, dass er mit seinem Verhalten nicht den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten gem. § 111 StGB erfüllt, da dieser Krieg nach seiner Meinung gegen geltendes Völkerrecht verstoße und folglich eine Befehlsverweigerung der im Jugoslawienkonflikt beteiligten Bundeswehrsoldaten u.a. durch § 22 Abs. 1 WStG gerechtfertigt sei und auch eine Desertion deshalb nicht den Tatbestand des § 16 Abs. 1 WStG erfülle. [...] 2. Dieser Irrtum war für die Angeklagten auch unvermeidbar. Der Angeklagte hat seine Erkundigungspflichten im Sinne des § 17 StGB genügt, indem er sich eingehend mit der Frage der völkerrechtlichen Beurteilung des Jugoslawienkrieges beschäftigt hat. [...]“

2 Eine erste Stellungnahme und Analyse zu den brutalen Mega-Anschlägen von New York und Washington für die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. vom 12.09., aktualisiert am 18.09. findet sich auf der Homepage von IMI: <http://www.imi-online.de/2001.php3>

3 Am Ende noch eine persönliche Anmerkung: Im ersten Moment, nachdem ich den Brief der Staatsanwaltschaft gelesen hatte, „am 12. September“ „zurückgenommen“, dachte ich: „O.k. dann eben wie vor Gericht angekündigt: „Im nächsten Krieg werde ich es wieder tun“. Dann jedoch Gedanken, „der ganze Stress noch mal?“, „lieber würde ich weiter Analysen für die Informationsstelle Militarisation und andere schreiben“, und „eigentlich habe ich auch für mich persönlich anderes zu tun“. Doch, nach einigem Abwägen: „Es geht wohl nicht anders: Es muss wohl sein, bei der Vorlage ...“ Nur meine Bitte an alle: Bitte unterzeichnet den Aufruf, damit es so viele sind, dass die Justiz nicht einzelne herausgreift. Zentrales Ziel muss es sein, den drohenden Krieg zu verhindern, auch dieser lange Krieg der USA, der NATO und der Bundeswehr wird wieder schwerpunktmäßig Unschuldige und Zivilisten treffen.

Uneingeschränkte Solidarität mit den USA – und die innenpolitischen Folgen

Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer erklären dies bei allen Anlässen beinahe täglich – dabei haben Millionen Menschen in aller Welt Angst, durch Vergeltungsschläge der USA in einen Krieg hineingezogen zu werden. Denn die US-Regierung Bush und die NATO sehen Militärschläge als die adäquate Reaktion an. Der Aufmarsch rollt. Aber mehr als das: In der „Welt am Sonntag“ vom 16.9.01 heizt Ex-Außenminister Kissinger die Situation an: Es reicht nicht, „im Krieg einfach nur durchzuhalten. Es kommt darauf an, zu siegen.“ Es gelte „über bloße Vergeltung hinauszugehen“ ... „Der Krieg ... müsse gewonnen werden“ – und meint damit den „Krieg der Guten gegen die Bösen“. Der „American Way of Life“ müsse nun weltweit durchgesetzt werden. Und die FAZ vom 15. 9. kommentiert, dass Schläfer, also potentielle Terroristen, die, „die unserer Leitkultur feindlich gegenüber stehen“, erkannt und ausgesondert werden müssten.

Schneller als man erwarten konnte, hat nun auch im Inneren die Hetzjagd auf Andersdenkende begonnen. Es ist, als habe man nur auf ein Signal gewartet. Trauer, Betroffenheit und Solidarität mit den Opfern wird missbraucht, eine offene Diskussion, eine kritische Aufarbeitung der Ursachen der terroristischen Anschläge und eine zivilisierte, friedliche Konfliktlösungsstrategie als unmöglich darzustellen und zu eliminieren und historisch mühsam erkämpfte Meinungs- und Lehrfreiheit einzuschränken. Politische Bildung soll auf Akklamation zur herrschenden Politik beschränkt werden.

Gleich in der Woche nach den Anschlägen ging die Hetzjagd los. Es traf einen Gesamtschullehrer in Siegen und drei Lehrerinnen in Sachsen. In Siegen hatte der Lehrer in Absprache mit der Schulleitung seiner Bertha-von-Suttner-Gesamtschule und mit Schülervertretungen auf einer Demonstration von 3000 Sieger Schülern „Gegen Terror, Gewalt und Krieg“ eine nachdenkliche Rede gehalten. Daraufhin haben die BILD-Zeitung unter der Unterschrift „Skandal bei Friedens-Demo: Lehrer greift Amerikaner an“ und der Verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer, die Hetzjagd eröffnet. „Ich werfe Herrn Nolz vor, dass er eine klammheimliche Freude über das in New York Geschehene empfindet. Dieser Mann muss aus dem Staatsdienst entfernt werden.“ Und im WDR-Fernsehen ergänzt er: „Herr Nolz ist das 5. Rad am Wagen des internationalen Terrorismus.“ Die Sieger CDU spricht in einer Presseerklärung in der „Westfälischen Rundschau“ vom

21.9.01 von einem „Netzwerk von Gesinnungstätern, die in eine unheimliche Allianz mit den Terroristen“ gerate. Lehrer Nolz, nebenbei Geschäftsführer des Sieger Zentrums für Friedenskultur, dessen Bezeichnung der Streitschlichterprogramme durch das Land NRW und die Stadt Siegen der CDU ein Dorn im Auge ist – weshalb sie aus diesem Anlass die Streichung der Zuschüsse verlangt – hatte in seiner Rede u.a. zur friedlichen Konfliktlösung gemahnt, an Bertha von Suttner erinnert, vor einem Krieg als Vergeltung gewarnt, zur Verweigerung des Kriegsdienstes aufgerufen und die Einschaltung der UNO verlangt. Die BILD-Zeitung pickt einen Satz als anti-amerikanisch heraus: „Seit vielen Jahren beeinträchtigen die USA die Arbeit der Vereinten Nationen. Das reichste Land der Welt kommt seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach und bezahlt seine Beiträge nicht. Derselbe Staat stellt jetzt 40 Mrd. bereit, um aufzurüsten und andere Länder mit Krieg zu überziehen.“ Inzwischen ist Lehrer Nolz zu einem Dienstgespräch zum Regierungspräsidenten nach Arnshagen geladen.

Im Lessing-Gymnasium in Hohenstein-Ernstthal bei Chemnitz hat eine Geschichtslehrerin am Tag nach den Terroranschlägen auf Schülerfragen nach dem Motiv der Attentäter wohl sinngemäß geantwortet, dass diese den USA eine Quittung verpassen wollten wegen ihrer weltweiten Einmischung. Eltern beschwerten sich beim Kultusministerium in Dresden, das suspendiert die Lehrerin sofort, untersucht den Fall. Dann wurde sie abgemahnt und an eine andere Schule versetzt. Der Elternratsvorsitzende erfuhr das aus der Zeitung.

In der Radebeuler Grundschule Oberlößnitz hatte eine Grundschullehrerin während der Diskussion in der Klasse auf die Dresdener Bombennächte im Februar 1945 hingewiesen – am Tag nach dem Attentat, als die Kinder noch unter Schock standen. Die Lehrerin wurde an eine andere Schule versetzt und arbeitsrechtlich abgemahnt.

Am Lessing-Gymnasium in Dresden war eine Geschichtslehrerin „durch Äußerungen zu den Ereignissen in den USA in die Kritik geraten“ (Leipziger Volkszeitung 22./23. 9.01), was immer das heißt – und abgemahnt. Man wolle ihr noch einmal eine Chance geben, sagt das Regionalschulamt Dresden und lässt sie weiter an der Schule unterrichten. Alle drei sächsischen Lehrerinnen müssen Fortbildungsmaßnahmen besuchen und mit verstärkten Hospitationen von Fachberatern rechnen.

Diese Vorgänge insgesamt müssen alarmieren: Es sind die Vorboten eines Versuchs, Empörung und Trauer über die terroristischen Anschläge umzumünzen in eine kritik- und bedingungslose Unterstützung des „American Way of Life“, der Weltgendarmen-Rolle der US-Regierung. Das eine ist die militärische Unterstützung der USA, die sich auf einen völker-



rechtswidrigen Angriff vorbereiten, der Bundeskanzler Schröder „uneingeschränkte Solidarität“ zugesagt hat. Das andere die Herstellung eines inneren Burgfriedens, im Inneren im Namen dieser Solidarität. Historische Zusammenhänge und Tatsachen, Diskussion alternativer Politikvorstellungen, Erörterung der Ursache von Terror und Krieg, Vermeidung von Feindbildproduktion „die Araber“, „die Muslime“, „die Ausländer“ – das alles soll unterbunden werden. Offensichtlich befinden sich in NRW und Sachsen schon etliche mitten im Kreuzzug der Guten gegen die Bösen, voll im geistig-ideologischen neuartigen Krieg des 21. Jahrhunderts. In den Schützengräben dieses Krieges wird nicht mehr diskutiert, basta! Gilt jetzt nur noch Befehl, Gehorsam, Gefolgschaft? Sollen Lehrer wie ihre Altvorderen Kriegsfreiwillige produzieren, die sich auf die afghanischen Schlachtfelder stürzen wie weiland die Kriegsfreiwilligen von Königgrätz, Langemarck oder Stalingrad? Wie kann man LehrerInnen maßregeln oder aus dem Dienst entfernen, die in den Tagen nach den terroristischen Anschlägen, angesichts der Flut der grausamen Bilder und einer spürbaren Kriegsangst gerade bei Schülern mit diesen in einen Dialog traten, die Zusammenhänge erörtern und ihnen alternative Lösungen aufzeigen? Das wäre das Ende jeder Pädagogik, die alle Fragen von Kindern und Jugendlichen fruchtbar machen will, die kontroverses Denken einübt, die im Geiste von Lessing und Bertha von Suttner Toleranz und Verständnis für andere Kulturen erarbeitet. Eben haben wir die Schützengräben des „kalten Krieges“ verlassen und die „bleierne Zeit“ der 70er-Jahre für überwunden gehalten. Offensichtlich sehnen sich viele dahin zurück – und das Wort „uneingeschränkte Solidarität“ des Bundeskanzlers entfaltet eine giftige und unheilvolle Wirkung. Absicht und Kalkül? Darum der Aufruf an alle: Sich nicht einschüchtern lassen, das freie Wort hochhalten, Lehr- und Meinungsfreiheit, kurz: demokratische Rechte verteidigen, indem man massenhaft davon Gebrauch macht, solidarisch mit den Opfern terroristischer Anschläge, aber auch mit den Opfern von Gewalt und Krieg und Gesinnungsterror.

Ich greife deshalb eine Bemerkung einer Schülerin aus Siegen auf, die in der dort losgebrochenen Internet-Diskussion bemerkte: Uneingeschränkte Solidarität sollte zum Unwort des Jahres erklärt werden.

Horst Bethge (Bildungspolitischer Sprecher der PDS)

Die Türkei versucht die Gunst der Stunde zu nutzen

PKK: Freiheit oder Aufstand!

Recht schnell hat sich auch die Türkei in der „Anti-Terrorismus-Allianz“ der USA angeschlossen. Die Regierung gab den türkischen Luftraum und die Militärflughäfen für die Operationen frei. Sofort erklärte sie ihre Bereitschaft zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus und verwies auf ihre große Erfahrung aus dem Kampf mit der kurdischen Bewegung. Das türkische Regime versucht, gestützt auf seine wichtige militärische Rolle im Nato-Bündnis, in die Offensive zu gehen und gestärkt aus der Situation herauszukommen.

Die von der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen geforderten Änderungen von Verfassung und Gesetzen bzgl. Menschenrechte, Pressefreiheit, Kurden usw. erhalten jetzt neue Wendungen. In dieser Woche wird das Parlament über Verfassungsänderungen entscheiden. Eine ausdrückliche Anerkennung der kurdischen Ethnie wird es nicht geben. Die Todesstrafe soll „beschränkt“ werden auf Kriegszeiten und „terroristische Aktionen“. Die von der faschistischen Regierungspartei MHP geforderte Vollstreckung des Todesurteils gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan bleibt damit offen.

In schroffen Worten wandte sich Ministerpräsident Ecevit an die europäischen Regierungen. Sie würden den internationalen „Terrorismus“ nicht bekämpfen, hier seien „die meisten der terroristischen Attacken auf die Türkei geplant“ worden. Das sind neue Töne. Von Deutschland, Belgien und Frankreich verlangte er die Auslieferung von Personen, die die Türkei als Drahtzieher terroristischer Aktivitäten verantwortlich macht. Darunter sind neben einer ganzen Reihe von PKK-Funktionären Mitglieder der DHKP/C und auch Islamisten.

Im Windschatten der USA wird das türkische Regime versuchen, neue Schläge gegen die kurdische Bewegung zu führen. Sie hofft, dass Menschenrechtsfragen auf längere Zeit zurückgedrängt werden und



Die TR ermöglicht den USA und Großbritannien, die Basis Incirlik (Bild) als Stützpunkt für Angriffe gegen Afghanistan zu nutzen

dass der strategischen Bedeutung der Türkei durch neue Finanzspritzen Rechnung getragen wird. So will sie auch die Proteste im Westen der Türkei und die Auseinandersetzung um eine demokratische Entwicklung beseitigen.

In der deutschen Öffentlichkeit wird es von Bedeutung sein, dass die Aktivitäten der kurdische Bewegung nicht unter dem Kriegsgeheul verschwinden oder als „Terrorismus“ abgetan werden. In den letzten PB berichteten wir über die Anstrengungen der kurdischen Bewegung für Demokratie und Frieden. Die PKK hat auf ihrer vor kurzem abgeschlossenen Konferenz zur Intensivierung des politischen Kampfes aufgerufen. Mit dem Aufruf „Freiheit oder Aufstand“ dokumentiert die PKK die Bereitschaft der kurdischen Bewegung, eine neue Phase ihres Kampfes aufzunehmen. Wir wollen dazu einen Bericht aus der Zeitung Özgür Politika dokumentieren. *rub*

6. PKK-Konferenz abgeschlossen

Zwischen dem 5. und 22. August hat in Südkurdistan die 6. Nationalkonferenz der PKK unter Beteiligung von 136 Delegierten und einer Vielzahl von Guerillakräften als ZuhörerInnen stattgefunden. Nach intensiven Diskussionen sind eine Reihe von Entschlüssen zur aktuellen Praxis gefällt worden. Einstimmig angenommen wurde der Beschluss, die politischen Serhildans zu verstärken.

Von den Mitgliedern des PKK-Präsidialrats nahmen an der Konferenz Duran Kalkan, Osman Öcalan, Nizamettin Tas, Murat Karayilan, Nuriye Kespîr und Gülizar Tural teil. In der Eröffnungsrede bezog sich Duran Kalkan hauptsächlich auf die Führungsweise, die Ursache einer Reihe von Fehlern gewesen sei. (...) Die Schaffung eines neuen, der momentanen Zeit entsprechenden Kadern besitze große Wichtigkeit, so Kalkan.

In einem Interview mit Özgür Politika warnte das PKK-Präsidialratsmitglied Cemil Bayik u.a. vor einem Krieg gegen den Mittleren Osten: In den abgegebenen Erklärungen liegt der Schwerpunkt der Anschuldigungen auf dem Islam und dem Mittleren Osten. Wenn nicht vernünftig gehandelt wird, wird die gesamte Menschheit Schaden davontragen, aber am stärksten werden die islamischen Völker im Mittleren Osten betroffen sein. Die generellen Anschuldigungen gegen den Islam und den Mittleren Osten sind nicht akzeptabel und Angriffe auf dieser Basis können nicht gerecht sein. Eine solche Annäherung verursacht Spaltung und Krieg zwischen den Religionen, Regionen und Kulturen und wird die Welt in einen Zustand versetzen, in dem leben nicht mehr möglich ist. (...) Bei den Angriffen in den USA spielen weder der Islam noch die Völker des Mittleren Ostens eine Rolle. ... Islam und Mittleren Osten dürfen nicht als Opfer auserwählt werden, weil sie

Über hundert Beschlüsse

Auf der Konferenz gab es 17 Tagesordnungspunkte. Neben den Punkten Kultur, Kunst, Medien, internationale Beziehungen und nationale Einheit kam auch die Arbeit der Volksbewegung zur Sprache. Die Diskussionen waren stark geprägt von der Eingabe des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EuMRGH). Eintracht herrschte in der Auffassung der Delegierten über die Notwendigkeit, die Völker im Rahmen einer Kultur des gemeinsamen Lebens neu zu organisieren. Es wurde der Beschluss gefasst, in der kommenden Zeit eine Reihe von Aktivitäten im Geist des politischen Serhildans auszuführen. Außerdem brachten die Delegierten ihre Sensibilität im Thema „legitime Verteidigung“ zum Ausdruck. Nach intensiven Diskussionen wurden 12 Kommissionen gegründet, die innerhalb einer Woche die Entwürfe für die neu zu beschließenden Entscheidungen vorbereiteten und diese anschließend den Konferenzdelegierten präsentierten. Die Kommissionen profitierten bei ihrer Arbeit auch von den Entscheidungen und Planungen der zuvor stattgefundenen Medien-Konferenz. Die Entwürfe wurden wiederum diskutiert und als Resultat über hundert Beschlüsse angenommen.

„Die Rolle der Guerilla ist strategisch“

Beendet wurde die Konferenz am 22. August mit der Abschlussrede des PKK-Präsidialratsmitglieds Osman Öcalan. Öcalan wertete dabei die drei Monate dauernde Konferenzvorbereitung als „organisatorische Offensive“. An der Vorbereitungsarbeit seien über tausend Kader an verschiedenen Orten beteiligt gewesen. „Mit dieser Arbeit sind die schwachen Seiten zu Tage getreten, die keine Antwort auf den momentanen Prozess geben können. Diese Probleme wurden offensichtlich ge-

schwach sind und keine Einheit vorweisen können. ... Diese Region in den Krieg zu treiben, bedeutet Gefahr für den Weltfrieden. Es wird auch unter dem Vorwand der Angriffe in den USA von möglichen Angriffen auf Länder wie Irak und Iran gesprochen. Diese Tendenz bedeutet eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und ist schlichtweg eine Verrücktheit.

Die USA lassen sich den Rücken von der NATO stärken, vereinigen sich mit rückständigen Kräften und richten sich damit gegen den Mittleren Osten und den Islam. Es sieht nicht so aus, dass es möglich ist, diese Tendenz und die daraus entstehenden Konsequenzen jetzt zu unterbrechen. Es ist zu erwarten, dass insbesondere im Irak und in Südkurdistan neue Kämpfe stattfinden werden und sich die Angriffe auf das palästinensische und das kurdische Volk intensivieren werden. Das bedeutet, dass auf Kurdistan, Palästina und alle Völker des Nahen Ostens harte Tage warten.

macht und die richtigen Antworten darauf gefunden. Auf der 6. Nationalkonferenz der PKK wurde die Grundlage aller vor uns liegenden Arbeit geschaffen. In diesem Sinn wird ein Kampf geführt werden gegen alle mangelhaften und falschen Denk- und Vorgehensweisen.“

Außerdem verwies Osman Öcalan auf die neuen Verteidigungsschriften des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan: „Die neue Verteidigungsschrift unseres Vorsitzenden lässt uns den ideologischen Gipfel erreichen. Unsere Taktik und Strategie wird darin in tiefgreifender und breiter Form aufgezeigt.“

Zur Beziehung zwischen dem politischen Serhildan und der Guerilla sagte Öcalan: „Eine grundlegende Eigenschaft unserer Serhildans ist der Bedarf nach dem Schutz durch die Guerilla. Die neue Phase entwickelt sich durch die Garantie und Unterstützung der Guerilla. Auf dieser Basis ist die Rolle der Guerilla strategisch.“

Serhildan für den Sieg

Nach Beendigung der 6. PKK-Nationalkonferenz veröffentlichte der Parteirat ein Schreiben über die Ergebnisse. Darin heißt es: „Frieden, Demokratie und freie Einheit werden mit politischen Serhildans verwirklicht werden. Auf der 6. Konferenz unserer Partei ist eine Organisations- und Aktionslinie für eine Veränderung und demokratische Entwicklung festgelegt worden. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, um die Dauerhaftigkeit der politischen Serhildans in breitem Umfang zu sichern. Bisher fanden die Serhildan-Aktionen von Zeit zu Zeit und in zersplitterter Form statt. Um einen ausreichenden Aktionsgrad zu erreichen, der einer friedlichen Linie entspricht, wurden Lösungen entwickelt. Somit gilt die Parole ‚Jetzt sofort – Freiheit oder Serhildan‘ als der Gipfel, der mit der demokratischen Kampfkraft unserer Volkes erreicht werden wird.“

Die Besonderheiten der Zeitphase und der Schauplätze seien vielseitig ausgewertet worden. Die politische Situation habe Veränderung und Wandel zwingend erforderlich gemacht, wofür wiederum ein von den breiten Volksmassen ausgeführter Serhildan notwendig sei.

Auf der Konferenz sei unterstrichen worden, dass insbesondere in der Türkei anstelle einer oligarchischen Republik die Schaffung einer demokratischen Republik von lebenswichtiger Bedeutung sei, so das Schreiben des Parteirates.

„In der erreichten Etappe ist das kurdische Volk damit konfrontiert, die Führungsrolle in der demokratischen Entwicklung einzunehmen, die ihnen in der Türkei und den anderen Ländern der Region die Freiheit einbringen wird. Alle Anstrengungen unserer Partei laufen darauf hinaus, den internationalen Komplott ins Leere laufen zu lassen und unser Volk in diese Position zu bringen.“ (...)

Özgür Politika, 28. August 2001



Seit dem 24. 8. rollt in verschiedenen Regionen Spaniens eine Verhaftungswelle gegen Personen, überwiegend aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen, die der Mitgliedschaft in der baskischen Befreiungsfront ETA bezichtigt werden. Bislang wurden 41 Menschen verhaftet. Darunter elf, die wegen angeblicher Mitgliedschaft im „Comando Barcelona“ der ETA festgenommen wurden. Zehn von ihnen wurden nach der Festnahme gefoltert. Hinreichende Beweise für eine tatsächliche Zugehörigkeit zur ETA haben die Behörden bisher nicht geliefert. – Mitte September demonstrierten Zehntausende in Bilbao für die Verlegung der baskischen Gefangenen ins Baskenland. Unmittelbarer Anlass war, dass wieder einmal zwei Menschen, die weit entfernt inhaftierte politische Gefangene besuchen wollten, bei einem Verkehrsunfall getötet wurden. Jedes Wochenende machen sich etwa 2000 Basken auf einen bis zu 16 Stunden langen Weg, um für kurze Zeit Angehörige oder Freunde zu besuchen. Unfälle, auch mit Todesfolge, sind an der Tagesordnung.

schließlich Vertreter der serbischen und montenegrinischen Regierungen sowie der jugoslawische Präsident Kostunica. Die montenegrinische Regierung will im nächsten Frühjahr ein Unabhängigkeitsreferendum durchführen.

Tschechien: „Leere Versprechen“

Das beklagt die *Neue Zürcher Zeitung*. Die tschechische Regierung habe eigentlich beschlossen, bis zu den Wahlen im nächsten Jahr alle staatlichen Beteiligungen an Großunternehmen zu verkaufen. Doch bisher seien den Worten kaum Taten gefolgt. In den letzten neun Monaten sei praktisch keine nennenswerte Beteiligung privatisiert, vereinbarte Privatisierungen wie der Verkauf von Radio Mobil an ein Käuferkonsortium unter Beteiligung der Deutschen Bank verschleppt worden. Die NZZ

schlussfolgert: „Der Verzögerungen und Unsicherheiten sind allzu viele, als das der Misserfolg in der tschechischen Privatisierungspolitik nur mit technischen Problemen oder ungünstigen Marktbedingungen erklärt werden können.“ Die Hindernisse seien teils politischer Natur, teils müssten die tschechischen Privatisierungen auch für „krumme Geschäfte“ erhalten. Druck gehe jetzt jedoch von der Haushaltslage aus. Falls Tschechien die staatlichen Beteiligungen nicht veräußere, müsste der Haushalt mit einem Defizit von 11,5% des BIP rechnen.

Polen: Widerstände gegen EU-Bedingungen

Nach dem Wahlsieg der sozialdemokratischen SLD (41,5%) gestaltet sich die Regierungsbildung schwierig. Eine Minderheitsregierung wird nicht ausgeschlossen. So oder so muss die neue Regierung heftige Widerstände gegen die Forderungen der EU in Rechnung stellen. Bisher hat Polen als einziges der Beitrittsländer abgelehnt, die 7-Jahresfrist für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zu akzeptieren. Vor allem aber will Polen eine achtzehnjährige Übergangsfrist bis zur Freigabe des Verkaufs an polnischem Agrarland an Bürger von EU-Staaten durchsetzen. Die Landpreise in Polen sind viel niedriger als in den EU-Staaten, und die Bauern fürchten Ausverkauf und Vertreibung. Eine große Rolle dabei spielt vor allem die Angst davor, dass Deutsche jene Gebiete im Westen Polens billig zurückkaufen, auf die die Revanchistenverbände seit Kriegsende Anspruch erheben. *Zusammenstellung: scc*

Italien: Verschärfung der Ausländergesetzgebung

In diesen Tagen wurde dem Kabinett ein Gesetzentwurf vorgelegt, der eine drastische Verschärfung für in Italien lebende Migranten und der Regelungen für den Zuzug von Ausländern vorsieht. Aufenthaltserlaubnisse sollen demnach künftig davon abhängen, ob der Antragsteller einen festen Arbeitsplatz hat. Ausländer, die italienische Ursprünge nachweisen können, müssen mit Vorzug behandelt werden. Darüber hinaus fordert die Lega Nord, dass bei der Verteilung der Einwanderungsquoten katholische Einwanderer bevorzugt werden, da in mancher Hinsicht die muslimische Kultur und Religion mit der „italienischen Identität“ nicht vereinbar seien. Weiter sieht der Gesetzentwurf vor, dass bei der Besetzung freier Stellen in erster Linie italienische Arbeitslose zu berücksichtigen sind. Der Nachzug von Familienangehörigen wird eingeschränkt. Illegale Einreise wird als Straftat behandelt, die im Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft wird: Beim ersten Mal werden die verzweifelte Flüchtlinge in einem Schnellverfahren abgeschoben, beim zweiten Mal folgt ein Strafverfahren, die Strafe wird zunächst ausgesetzt und der Flüchtling wiederum abgeschoben, beim dritten Mal muss der Flüchtling die Gesamtstrafe absitzen. Diese Verschärfungen werden vor allem dazu beitragen, den Druck auf die vielen Illegalen zu erhöhen. Schon jetzt profitieren die Unternehmen vor allem im Norden, die die entrechteten Arbeitskräfte zu Niedrigstlöhnen anheuern.

Portugal: EU drängt auf Verfassungsänderung

Die Pläne der EU-Innen- und Justizminister, einen „europäischen Haftbefehl“ einzuführen, kollidieren mit Bestimmungen der portugiesischen Verfassung: So ist in Portugal die lebenslange Haftstrafe verfassungsmäßig verboten. Entsprechend ist die Auslieferung in Länder, die die lebenslange Haft kennen, nur erlaubt, wenn der entsprechende Staat den Verzicht auf dieses Strafmaß zusagt. In der kommenden Woche wollen sich die Spitzen der regierenden Partido Socialista und des oppositionellen Partido Social Democrata über Verfassungsänderungen verständigen, die dann Anfang Oktober durchs Parlament gebracht werden sollen. Wie zu hören, soll bei der Revision der Verfassung eine Spezialregelungen für den „Kampf gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen“ gefunden werden.

Montenegro boykottiert Gespräche

Weil an Gesprächen über die Zukunft Jugoslawiens auch der jugoslawische Ministerpräsident und Oppositionsführer in Montenegro, Dragisa Pesic, teilnehmen wollte und sollte, hat die montenegrinische Regierung lang vereinbarte Gespräche boykottiert. Begründung: Man erkenne die jugoslawische Regierung nicht an, weil sie nur von serbischen und projugoslawischen Politikern gebildet werde. Man sei zu Gesprächen über die Zukunft Jugoslawiens nur bereit, wenn die „sogenannte Bundesregierung“ daran nicht teilnehme, sondern aus-

KÖLN. Am 22. September fanden in Aachen, Dortmund, Essen, Iserlohn, Köln und Oberhausen Aktionen gegen Ausländerkontrollen des Bundesgrenzschutzes statt. Mit dem nebenstehenden Transparent bezog das „Komitee gegen amtlichen Rassismus“, KogamRa, auch Stellung zu den geplanten Militär-Aktionen der USA und der NATO. Rund 300 protestierten im Kölner Hauptbahnhof. Zuvor hatte KogamRa der Presse einen Zwischenbericht seiner Beobachtungen während der letzten neun Monate vorgestellt. Danach werden tagtäglich Menschen, die anders aussehen als der durchschnittliche Europäer von BGS-BeamtenInnen auf demütigende Weise kontrolliert. Diese staatlich verordnete Diskriminierung wird nicht selten verstärkt durch unhöfliche Verhaltensweisen einzelner BGS-BeamtenInnen. „Angesichts der krisenhaften Lage ist es gerade jetzt wichtig, sich gegen den um sich greifenden Rassismus einzusetzen“, sagte Susanne Kurz von KogamRa, „vielleicht sind auch deshalb so viele Leute zu unserer Aktion im Hauptbahnhof gekommen.“ www.arbeiterfotografie.com



Demonstration am 29. Sept. gegen Schilys rassistischen Gesetzentwurf

BERLIN. Zahlreiche Flüchtlingsorganisationen, darunter die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und International Refugee Organisation (IRO) sowie die Brandenburger Flüchtlingsinitiative (BFI), rufen zur bundesweiten Demonstration auf: „Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg – Flüchtlinge gegen Schilys rassistischen Gesetzentwurf!“ Sie wird um 12 Uhr am Alexanderplatz Berlin beginnen. In ihrer Kritik an Schilys Gesetzentwurf schreiben sie: „Unser gesamtes Asylverfahren soll innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Das Verwaltungsgerichtsverfahren, die nahezu einzige Chance, die wir bisher in dem ohnehin völlig verkrüppelten Asylrecht noch hatten, wird praktisch abgeschafft. Innenminister Schily will uns daran hindern, unser demokratisches Grundrecht auf politische Betätigung auszuüben, das für andere in Deutschland eine Selbstverständlichkeit ist: indem er uns mit dem Schreckensgespenst der politischen Verfolgung durch die Hände genau derjenigen, vor denen wir fliehen mussten, bedroht, will er uns davon abhalten, exilpolitisch aktiv zu sein und die Realität in unseren Ländern aufzuzeigen. Er will die rechtliche Möglichkeit schaffen, mit der den wenigen von uns, die als politisch Verfolgte anerkannt wurden, das Asyl nach einer kurzen Zeit wieder aberkannt werden kann. Über 270.000 von uns, die im Besitz einer Duldung sind und aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können, sollen in Ausreiselager gesteckt werden. Diese geplanten Ausreiselager erinnern sehr an einen offenen Strafvollzug und fügen dem psychischen Druck, unter dem wir aufgrund der permanenten Abschiebeandrohung stehen, noch inhumane physische Bedingungen hinzu ... Wir, die Flüchtlinge, haben uns vereinigt, um eine nachhaltige Kampagne gegen den Gesetzentwurf von Otto Schily zu initiieren. Wir rufen all diejenigen auf, denen der Respekt für die Menschenrechte am

Herzen liegt, die Rassismus verachten und für einen Fortschritt der Menschlichkeit eintreten, unsere Kampagne zu unterstützen und mit uns zusammen das Asylrecht zu verteidigen.“ *Brandenb. Flüchtlingsinitiative, Fax 030-69504117; Tel. 030-69817707 www.stop-schily.de*

OB lehnt Motto „Tag der Einheit der Menschen“ zum 3. Oktober ab

ERFURT. Die Gewerkschaft ver.di Thüringen lädt am 3. Oktober ein zu einer Diskussionsveranstaltung „Opfer stärken – Ausgrenzung und Diskriminierung und rechte Gewalt stoppen!“ Ursprünglich sollte sie im Zusammenhang mit dem Aktionstag „TAG der Einheit DER MENSCHEN“ des Erfurter Bürgertisches Demokratie stattfinden. Der Versuch, die Lage von etwa 11.000, davon etwa 5.000 ArbeitsmigrantInnen (0,6%), Menschen ohne Deutschen Pass in Thüringen in eine breite Öffentlichkeit zu bringen, ist vorerst gescheitert. Durch den Eingriff von Oberbürgermeister Ruge, der das Motto „TAG der Einheit DER MENSCHEN“ als vom Inhalt des Feiertages als „einzigen deutschen Staatsfeiertag“ ablenkend bezichtigte und sogar den Vorwurf formulierte, dass es die Menschen

polarisieren würde, wurde die Aktion verhindert. In einem Brief an den OB schreibt Angelo Lucifero, stellv. Landesleiter von ver.di: „Uns geht es nicht um AusländerInnen. Die gibt es hier gar nicht, höchstens im Ausland. Uns geht es um Menschen, die hier leben, ob mit oder ohne deutschen Pass, und Opfer von Ausgrenzung und Diskriminierung und häufig von rechter Gewalt werden. Das Symbol des Festes soll nicht umsonst ein Pass sein, dessen Nationsbezeichnung der ‚Mensch‘ ist.“ www.hd.verdi-th.de

Flüchtlingsräte warnen vor Spirale von Gewalt und Rassismus

HANNOVER. PRO Asyl und die Flüchtlingsräte der Bundesländer warnen eindringlich vor einer Spirale von Gewalt und Rassismus in Deutschland: „Schon jetzt häufen sich Pöbeleien und Angriffe auf hier lebende Migrantinnen und Migranten, die man für Muslime oder Araber hält. Geradezu zynisch muten Versuche an, die New Yorker Terroranschläge in einen Zusammenhang zur Asylthematik zu setzen und als Munition für die Forderung nach weiteren Verschärfungen des Ausländerrechts zu instrumentalisieren. Zu kritisieren sind insbesondere Beschlüsse der gestrigen Innenministerkonferenz, die u.a., wie zuvor Bayerns Ministerpräsident Stoiber, einen generellen Abgleich der Daten der Sicherheitsbehörden mit Daten von Flüchtlingen und politisch Verfolgten fordert. Schlimmer noch der bayerische Innenminister Beckstein, der im Bayerischen Rundfunk erklärt, er glaube nicht, dass man noch „unbefangen darüber diskutieren kann, ob man Leute zum Beispiel aus Irak, Leute aus der arabischen Welt, zu uns leichter kommen lässt“. Mit derartigen Tönen werden Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge förmlich herbeigeredet.“

Auf unseren scharfen Protest stoßen die – inzwischen vom Bundesinnenministerium und der Innenministerkonferenz aufgegriffene – Forderung Becksteins, alle Migrantinnen und Migranten



einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz zu unterziehen, sowie die Pläne von Bundesinnenminister Schily, den Datenschutz weiter einzuschränken und Militär ggf. auch für polizeiliche Ziele im Inland einzusetzen. Schily plant weiter einen Abgleich der Daten aus dem Ausländerzentralregister mit Daten anderer Behörden. Jeder Migrant und jede Migrantin wird so zum potenziellen Terroristen und Sicherheitsrisiko erklärt.

Wenn es sich, wie die Politik erklärt, um einen „Anschlag auf unsere Werte“ handelt, ist sie jetzt umso mehr verpflichtet, sich in ihren Reaktionen auch nach ihnen zu richten. Nur Recht, soziale Gerechtigkeit und Toleranz können langfristig dem Terrorismus den Boden entziehen.“ www.nds-fluerat.org

Landrat weigert sich, zwei Flüchtlingsfamilien auszuweisen

FORST/POTSDAM. Landrat Dieter Frieze (SPD) wird die zwei kosovarischen Familien aus Guben und Forst „aus öffentlichen und humanitären Gründen“ nicht abschieben. „Aufgrund der besonderen familiären Situation der Betroffenen beauftrage ich mich auf einen ‚übergesetzlichen Notstand‘“, erklärte Frieze gegenüber der MAZ. Es ist das erste Mal, dass in Brandenburg ein Landrat die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber mit dieser Begründung nicht vollzieht. Das Innenministerium als Rechtsaufsichtsbehörde des Landrats habe „keinen Zweifel, dass der Landrat nach Recht und Gesetz handeln wird“, teilte Ministeriumssprecher Heiko Homburg mit.

Die Reaktionen auf die Entscheidung des Landrats differieren stark. „Die CDU erwartet, dass der Landrat als Beamter das geltende Recht umsetzt“, forderte Vize-Landeschef Petke. Es sei problematisch, wenn man derartige Abschiebungsfälle unter Umgehung des Rechts zu lösen versucht, kritisierte CDU-Fraktionssprecher Thomas Roloff. SPD-Fraktionssprecher Ingo Decker lobte hingegen die Entscheidung des SPD-Landrats und versicherte, dass auch andere Landräte die Rückendeckung der Fraktion erhielten, wenn sie in vergleichbaren Fällen eine Abschiebung nicht vollzögen. Allgemein, meinte Decker: „Die einzigen, die in der Ausländerfrage verstockt sind, sind die Landes- und Bundes-CDU; in dieser Frage ist die CDU rückständig.“ Worauf Ministeriumssprecher Homburg mit der Bemerkung konterte: „Man kann der CDU schlecht Rückständigkeit vorwerfen, wenn die rot-grüne Bundesregierung die Gesetze nicht ändert.“

„Ich weiß, auf welch dünnem Eis ich mich mit der Entscheidung bewege und welche Lawine ich lostrete“, sagte Frieze der MAZ und meinte: „Ich will darüber noch gar nicht nachdenken.“ Er stellte jedoch klar, dass er sich in „vergleichbaren Fällen ähnlich verhalten“ werde. Im Kreis Spree-Neiße leben laut Frieze mehr

als 100 ausreisepflichtige Ausländer. In vielen Fällen sei deren Situation mit der der Familien Bunjaku und Rexhaj vergleichbar. Dass er sich nicht schon früher auf einen „übergesetzlichen Notstand“ berufen habe, erklärte Frieze mit der Einzigartigkeit des aktuellen Falles. „So ein Extremfall hatten wir noch nicht“, so Frieze. *Märkische Allgemeine*, 8.9.2001, dokumentiert von Jugendantifa Neuruppin, www.links-lang.de

Protestkundgebung in Kempten gegen das „Zigeunerjuden-Urteil“

KEMPTEN. Rund 30 Menschen, darunter Dr. Friedrich Schreiber, Nahost-Korrespondent der ARD, protestierten am 15. September vor der Kemptener Residenz. Der Verein „Gegen Vergessen für Demokratie“ sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund riefen zu der Aktion auf. Sie sehen in dem Urteil, das der Kemptener Richter Günther Bischoff vor drei Wochen gefällt hat, eine Verletzung der Menschenrechte. Als „Zigeunerjuden“ hatte der ehemalige Kreisvorsitzende der Republikaner, Hermann Reichertz, den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland gekennzeichnet. Und Richter Bischoff sprach ihn dann in der Berufungsverhandlung vom Vorwurf der Beleidigung frei. Wo bleibt das Geschichtsbewusstsein dieses Richters? fragten viele Kommentatoren bundesweit. Nach Ansicht der Demonstranten ist mit der „hämischen Doppelbeleidigung“ der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Der Schutz der Menschenwürde müsse unbedingt über dem Recht der Meinungsfreiheit stehen, mit dem der Richter seinen Freispruch begründete. „Angesichts steigender Kriminalitätszahlen mit antisemitischen Hintergrund müssen wir aufstehen“, sagte Schreiber, „und wenn nicht nach einem solchen Urteil, wann dann?“ Der Bezirksverband Schwaben der Republikaner bläst sich im Schatten des Urteils weiter auf. In einer Pressemitteilung nannte er die richterliche Unabhängigkeit ein hohes Gut der Demokratie, die Kundgebung spreche für



„mangelnden Respekt vor dieser Unabhängigkeit“. *baf, Quelle: Allg. Ztg. 17.9.*

Proteste gegen geplante NPD-Demo „Freiheit für Palästina“ am 6. Okt.

HANNOVER. Am 6. Oktober wollen Neonazis durch die Straßen Hannovers marschieren. Stattfinden soll der NPD-Aufmarsch unter dem zynischen Motto „Freiheit für Palästina“. In dem Aufruf zu Protesten dagegen heißt es: „Man darf sich nicht täuschen lassen! Neonazis verfolgen und jagen PalästinenserInnen auf deutschen Straßen genau wie alle anderen, die nicht in ihr ‚arisches Weltbild‘ passen. Der Antisemitismus ist jedoch etwas Besonderes. Er stellt eine Verbindungslinie der Neonazis zum Nationalsozialismus her. Antisemitismus in Deutschland steht in der Tradition der Reichspogromnacht, der Deportationen, der Ghettos, der Massenerschießungen und der Vernichtungslager wie Auschwitz und Treblinka. Sein Programm ist die Vernichtung. Deshalb müssen wir am Samstag, den 6.10.01 auf die Straße gehen.“ Bisher rufen u.a. auf: Antifaschistische Aktion Hannover, Junge Linke, DKP, M.A.D., Ermittlungsausschuss Hannover, VVN-BdA Hannover, AStA der Universität, PDS, Antifa 3000, Jugend-Antifa-Cafe, Aktionsbündnis Langenhagener Bürger gegen rechte Gewalt, KPD, DGB Region Niedersachsen, Linksruck, FAU, Buntes Haus Celle, Jusos, Runder Tisch gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ... www.antifa-hannover.de

Freispruch im Prozess wegen „Störung der Religionsausübung“

HAMBURG. Am 11. September fand ein Prozess gegen die Journalistin Birgit Gärtner statt. Sie wurde der Störung der Religionsausübung beschuldigt, weil sie mit einer Gruppe von Menschen am 24. Dezember 2000 in der Hamburger Michaeliskirche auf das Massaker der türkischen Staatsmacht an todesfastenden politischen Gefangenen aufmerksam machen wollte (*Bild*). Der Staatsanwalt forderte dafür eine Geldstrafe von 80 Tagessätzen à 50 DM. Birgit Gärtner wurde schließlich jedoch freigesprochen, da eine Störung der Religionsausübung nicht nachgewiesen werden konnte. Der Richter missbrauchte jedoch sein Amt, um noch vor der Begründung des Freispruchs seinen moralischen und politischen Abscheu vor der Tat – nein, nicht dem Massaker, sondern der Aktion in der Kirche – und der „Täterin“ kundzutun. *Lokalberichte Hamburg, Nr. 19*

Eine gefährliche Rechtsentwicklung und viele Fragen

Das Ergebnis der Hamburger Bürger-schaftswahlen ruft große Besorgnis hervor. Es bringt einen fast schon erdrutschartigen Rechtsruck zum Ausdruck. Die rot-grüne Koalition hat ihre Mehrheit verloren. Gegenwärtig sieht alles so aus, als würde der Rechtsblock aus CDU, FDP und Schill-Partei den nächsten Senat bilden und damit die SPD, obwohl immer noch stärkste Partei, erstmals seit 44 Jahren ablösen.

Im Einzelnen: Die GAL/Grünen haben nur noch 8,5% erreicht und damit 5,4 Prozentpunkte bzw. 42.000 Stimmen verloren, davon schätzungsweise 18.000 Stimmen an die SPD. Die SPD hat sich gegenüber dem für sie katastrophalen Wahlergebnis von 1997 zwar um 0,3 Prozentpunkte auf 36,5% verbessert. Sie hat jedoch den Analysen der Wahlforscher zufolge rund 36.000 Stimmen an die rechtspopulistische Schill-Partei verloren, ein Verlust, den sie nur auf Kosten der Grünen und durch weitgehende Mobilisierung ihrer Anhängerschaft ausgleichen konnte. Auch von der CDU, die mit 26,2% 4,5 Prozentpunkte verlor und ihr zweitschlechtestes Ergebnis in Hamburg überhaupt einfuhr, wanderten ca. 37.000 Wählerinnen und Wähler zur Schill-Partei. Der FDP gelang ganz knapp die Rückkehr in die Bürgerschaft. Die rechtspopulistische Schill-Partei erreichte auf Anhieb 19,4%, das sind 165.118 Stimmen. Nicht zuletzt gelang es Schill, die Wähler von DVU und REP zum allergrößten Teil an sich zu binden: Die Rechtsextremen und Neonazis verloren gegenüber 1997 50.000 von 56.000 Stimmen.

Bitter ist das Ergebnis von „Regenbogen – für eine neue Linke“: Trotz Unterstützung durch fast die gesamte Hamburger Linke einschließlich eines Gutteils der PDS, trotz einer zweijährigen guten Oppositionspolitik in Bürgerschaft und Bezirken, die die Anliegen der sozialen und politischen Bewegungen aufgriff, trotz eines engagierten Wahlkampfes errang die offene Liste von Regenbogen gerade 1,7% (14.190 Stimmen). Bei den parallelen Bezirkswahlen waren es 20.220 Stimmen, doch zu einem Einzug in die Bezirksversammlung hat es nirgendwo gereicht.

Augenfällig ist, dass Regenbogen nur in ganz geringem Maße Stimmen enttäuschter Grünwählerinnen und -wähler bekommen hat (die Wahlforscher reden von 0,4%). Die unter dem Namen PDS kandidierende Liste Links hat gegenüber 1997 0,3% und über 2.000 Stimmen verloren und 0,4% erreicht. Aufschlussreich für die Bewertung der Ergebnisse auf der Linken ist noch folgende Zahl: Bei der Bundestagswahl 1998 erhielt die PDS 22.525 Stimmen (2,3%).

Erste Erklärungsversuche für den Wahlerfolg Schills

Das Ergebnis der Schill-Partei hat alle Befürchtungen bei weitem übertroffen. Dass Schill die Wähler mit mehr oder weniger festgefügteten rechten, rechtsextremen oder neofaschistischen Weltbild mobilisiert hat und dass dieses extrem rechte Lager in einer Stadt wie Hamburg einige zehntausend Menschen umfasst,

kann als sicher gelten. Dass bei weitem nicht alle, die ihn gewählt haben, diesem Lager ohne weiteres zuzuschlagen sind, allerdings auch. Schill hat den Wahlkampf praktisch ausschließlich mit dem Thema „Innere Sicherheit“, der „Kriminalitätsbekämpfung“ bestritten und es im Großen und Ganzen eher vermieden, seine darüber hinausgehenden äußerst reaktionären gesellschaftspolitischen Vorstellungen lauthals zu Markte zu tragen. Dadurch scheine es so, schrieb die AG/R in einer Analyse der Schillschen Programmatik (Lokalberichte Hamburg 14/2001), „als könne eigentlich jede/r ihn wählen, der oder die sich gesetzestreu verhält“.

Die Wahlforscher melden in ersten Analysen, dass Schill überdurchschnittlich viele Stimmen von „Arbeitern“ und „einfachen Angestellten“, von Menschen mit „niedrigem Bildungsgrad“, in Gegenden mit „schlechter Wohnlage“ erhalten hat und dass überdies deutlich

mehr Männer als Frauen und mehr Ältere als Jüngere ihn gewählt haben. Vieles spricht dafür, auch die eigenen Erfahrungen an Infoständen und im täglichen Leben, dass Schill in hohem Ausmaß von Menschen gewählt wurde, deren soziale Situation prekär ist, die vielleicht schon durch die nächste deftige Mieterhöhung ins Elend abrutschen oder „aus der Bahn“ geworfen können, das heißt von Menschen, die in ihrer bedrängten Lebensweise gefährdet sind und die hart und am Abgrund darum kämpfen, ihr trauriges Leben irgendwie zusammenzuhalten. Schill hat das aus dieser vielfältigen Bedrohung erwachsende Sicherheitsbedürfnis angesprochen und in unerträglich vereinfachender Weise auf die „Sicherheit vor Kriminalität“ zugespitzt. Es scheint, als sei es ihm gelungen, mit dem Bild des „Kriminellen“, der dem hart arbeitenden, gesetzestreuen Bürger hohnlacht, der in der „Verbrecherhochburg Hamburg“ auch immer noch davonkommt, wo andere sich abrackern und nie auf einen grünen Zweig kommen, den sozialen Ängsten ein Feindbild zu verschaffen.

Die Frage ist unbeantwortet, warum linke Kritik und emanzipatorische, auf Solida-

Wahlergebnis in Prozenten

	2001		1997		Veränderung zu 1997	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	in %-Punkten
Wahlberechtigte	1 208 478	100	1 211 288	100	-2 810	--
Wahlbeteiligung	857 852	71,0	831 913	68,7	25 939	2,3
darunter						
mit Briefwahl	195 436	16,2	168 900	13,9	26 536	2,2
Ungültige Stimmen	7 541	0,9	8 982	1,1	-1 441	-0,2
Gültige Stimmen	850 311	100	82 2931	100	27 380	--
davon für						
SPD	310 338	36,5	298 218	36,2	12 120	0,3
CDU	222 890	26,2	252 354	30,7	-29 464	-4,5
GRÜNE/GAL	72 655	8,5	114 776	13,9	-42 121	-5,4
DVU	6 043	0,7	40 957	4,9	-34 914	-4,3
STATT Partei	3 504	0,4	31 401	3,8	-27 897	-3,4
F.D.P.	43 196	5,1	28 664	3,5	14 532	1,6
REP	574	0,1	15 207	1,8	-14 633	-1,8
GRAUE	2 087	0,3	6 033	0,7	-3 946	-0,5
PDS Hamburg	3 297	0,4	5 354	0,7	-2 057	-0,3
Pro DM	1 525	0,2	--	--	1 525	0,2
PBC	1 057	0,1	1 382	0,2	-325	-0,1
FSU	122	0,0	--	--	122	0,0
Senioren	1 505	0,2	--	--	1 505	0,2
Schill	165 118	19,4	--	--	165 118	19,4
REGENBOGEN	14 190	1,7	--	--	14 190	1,7
FamilienPower	2 025	0,2	--	--	2 025	0,2
PLOH	185	0,0	--	--	185	0,0
Übrige 1997	0	0,0	28 585	3,5	--	--

Sitzverteilung

	2001		1997		Veränderung	
	Anzahl		Anzahl		Anzahl	
SPD	46		54		-8	
CDU	33		46		-13	
GRÜNE / GAL	11		21		-10	
F.D.P.	6		-		6	
Schill	25		-		25	

rität und Selbstbestimmung zielende Alternativen diese sozialen Ängste nicht erreichen.

Die Niederlage der Linken

Die bitteren Ergebnisse für Regenbogen und auch die dramatischen Verluste der Grünen müssen m.E. vor dem Hintergrund des drohenden Krieges betrachtet werden.

Dass die Grünen nach rechts und nicht etwa nach links verloren haben, deutet stark darauf hin, dass auf die sozialen und politischen Kräfte, die in den 80er-Jahren die verschiedenen Bewegungen und insbesondere die Friedensbewegung hervorbrachten und in diesem Zusammenhang auch die Partei der Grünen, im Kampf gegen den Krieg im Großen und Ganzen nicht mehr zu rechnen ist.

Die „Süddeutsche“ hatte zwei Tage vor der Wahl gemutmaßt, dass Regenbogen aufgrund der aktuellen Entwicklung womöglich mehr als die nach den letzten Umfragen erwarteten ca. 3% erreichen könne. Tatsächlich schien nicht ausgeschlossen, dass der breit vorhandene Wunsch nach Frieden sich eben auch in einer Stimme gegen die kriegsbefürwortenden Parteien und damit für Regenbogen niederschlägt. Warum das nicht eintrat, wird gründlich erforscht und erörtert werden müssen. Die Zivilisierung der Außenpolitik, eine gerechte Weltordnung, in der alle Regionen der Welt sich eigenständig entwickeln können, und interkulturelle Solidarität, Bedingungen also, in denen tatsächlich Frieden herrschen kann, sind ureigene Kampfziele und Anliegen der Linken. In einer Situation, in der der Krieg, und wahrscheinlich ein großer und langer Krieg, kaum noch abwendbar erscheint, hat die Linke bereits eine große Niederlage erfahren. Ihre Kritik und ihre Alternativen können keine große Anziehungskraft mehr entfalten, gerade weil der Krieg real droht. Vor diesem Hintergrund sind die zwischen 14.000 und 20.000 Stimmen für Regenbogen und die zwischen 3.300 und 5.300 Stimmen für die PDS als Basis für den Aufbau einer neuen Friedensbewegung so wenig auch wieder nicht.

Es muss an dieser Stelle noch angesprochen werden, dass die Situation zusätzlich dadurch erschwert ist, dass die studentische Liste Links mit ihrem maßlosen Führungs- und Herrschaftsanspruch das diskursive Konzept der PDS und damit die PDS in Hamburg de facto zerstört hat. Es wird viel Zeit und Kraft brauchen, die PDS in dieser Stadt wieder aufzubauen und den Schaden zu beseitigen, den die Liste Links nicht nur in der PDS, sondern in der gesamten Linken angerichtet hat. Ob die Linke in den nächsten Jahren entscheidend an Einfluss gewinnen wird, auch parlamentarisch, hängt aber nicht zuletzt davon ab, ob die PDS sich als diskursive und kooperative sozialistische und Antikriegs-Partei entwickeln und so Anziehungskraft für die gesamte Linke entfalten kann. scc



Die Nazi-Parolen an den Rück- und Seitenwänden der beiden rekonstruierten Häftlingsbaracken wurden vorerst provisorisch mit grauen Plastikplanen abgedeckt.

Sympathisanten des staatlichen Terrors:

KZ-Gedenkstätte in Dachau schwer geschändet

Wenige Tage nach den terroristischen Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington versuchen Neonazis die Situation für ihre rassistische und nationalistische Hetze auszunutzen. So verbreitet z.B. der NPD-Anwalt Horst Mahler unter dem Titel „Independence day live“ ein Pamphlet, in dem „die militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft“ als „eminent wirksam und deshalb rechtens“ begrüßt werden. Im Kampf gegen den „auf die Erlangung der Weltherrschaft durch Geldleihe ausrichtenden Jahwe-Kult“ sei erstmals ein militärischer Sieg errungen worden. Denn „seit 1916 haben die Stämme Judas und Israels zielstrebig die politischen und militärischen Potentiale der USA usurpiert, um unter deren Schutz ... zum zweiten Mal zu versuchen, das ihnen von Jahwe verheißene Land an sich zu bringen und ethnisch zu säubern“. Die Luftangriffe auf Washington und New York vom 11. September 2001, so heißt es zusammenfassend, „markieren das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus“.

Ganz im Sinne dieser abscheulichen antisemitischen und antiamerikanischen Ergüsse eines tiefbraunen Hirns wurde in der Nacht vom 15. auf den 16. September das Andenken der Opfer des schlimmsten staatlich organisierten Terrors geschändet, den die Menschheit bislang erlebt

hat. In der KZ-Gedenkstätte Dachau besprühten „Unbekannte“ Rück- und Seitenwände der beiden rekonstruierten Häftlingsbaracken auf ganzer Länge mit zahlreichen wüsten Parolen, darunter namentliche Angriffe auf die beiden Präsidiumsmitglieder des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch und Michael Friedman. In großen Lettern hieß es da beispielsweise: „Der Jud + Provokant ist die Ursach + der Anstießer des 3. Weltkrieg“ oder „Der Jud ist verantwortlich für die Moslemterroristenanschläge in den USA!“ oder „Deutsche Politiker sind Juden + Amilakaiken“ oder „Die Juden wollen im 3. Weltkrieg ausgerottet werden“. Die Liste der Schmierereien, die von Mitarbeitern der Gedenkstätte am Morgen des 16. September entdeckt wurden, ist ellenlang. Die Schmierer müssen die ganze Nacht in aller Ruhe am Werk gewesen sein. Eine vorzeitige Entdeckung brauchten sie nicht zu befürchten, denn es gibt auf dem Gelände der Gedenkstätte weder einen nächtlichen Wachdienst noch irgendwelche Alarmanlagen (Bewegungsmelder oder Ähnliches). Unbeeindruckt von gelegentlichen Polizeipatrouillen außerhalb des Geländes konnten sich die Täter also innerhalb der Gedenkstätte ganz ungeniert bewegen und schließlich verschwinden, ohne sonstige Spuren zu hinterlassen.

„Wir haben das gesamte Gelände Quadratzentimeter für Quadratzentimeter abgesucht, aber nichts gefunden“, sagte



Etwa 70 Interessierte kamen am 19.9. zu einer Informationsveranstaltung unter dem Motto „Argumente statt Hassparolen“, zu der die Leitung der KZ-Gedenkstätte Dachau eingeladen hatte. Auf dem Podium: Gabriele Hammermann (Gedenkstätte), Wolfgang Benz (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin), Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte, München), Josef Erhard (bayerisches Kultusministerium) und Peter März (Landeszentrale für politische Bildungsarbeit).

➔ jedenfalls Wilhelm Mainz von der Abteilung Staatsschutz der zuständigen Kripo Fürstenfeldbruck bei einer Informationsveranstaltung, die auf Einladung der Gedenkstättenleitung unter dem Titel „Argumente gegen Hassparolen“ am 19. September im Filmsaal des Gedenkstättenmuseums stattfand. „Es sieht momentan nicht gut aus“, fasste Mainz die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen zusammen. Man wisse nicht, aus welchen Kreisen die Täter kommen, „außer allgemein rechtsextreme Kreise mit großer Wahrscheinlichkeit“. Zu dieser bahnbrechenden Erkenntnis waren auch die beiden Vertreter des (formal geschädigten) bayerischen Kultusministeriums gekommen, die – neben Gabriele Hammermann von der Gedenkstättenleitung und dem Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, Prof. Wolfgang Benz, sowie Dr. Jürgen Zarusky vom Münchner Institut für Zeitgeschichte als Moderator – an diesem Abend auf dem Podium saßen. Dr. Peter März, stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (einer Einrichtung des Kultusministeriums), analysierte die Schmierereien als „Angriff auf die Gedanken der Aufklärung und der Moderne“, bei dem offenbar „debile Täter im Vordergrund“ die Tat ausgeführt hätten, während die „Stichwortgeber im Hintergrund“ geblieben seien. Denn bei allem Schwachsinn der Parolen sei doch nicht zu übersehen, dass sich deren perverse Logik auf historische Vorbilder stütze. Schon Hitler habe 1939 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag gesagt, wenn es den Juden „noch einmal“ gelänge, einen Weltkrieg anzustiften, würde das die Ausrottung des internationalen Judentums bedeuten.

Im Vordergrund der Podiumsdiskussion über die Schändung der Gedenkstätte stand die Furcht vor Nachfolgetaten (diese wurden als praktisch unvermeidlich eingeschätzt) und die Frage, wie man nun mit den menschenverachtenden Schriften an dem Ort des Gedenkens und der Trauer umgehen soll. Kleinere Schmierereien gehören, so erfuhr das erstaunte Publikum, „zum Alltag der Ge-

denkstättenarbeit“ (Zarusky), werden aber, „um Nachfolgetaten zu verhindern“, in der Regel so rasch wie möglich unter den Teppich gekehrt, ohne weiter nach den Urhebern zu suchen. Dies sei in diesem Falle aber nicht möglich gewesen, handele es sich doch um die schlimmste Schändung einer Gedenkstätte seit der Brandstiftung in Sachsenhausen 1991. Die ersten Anweisungen vonseiten des Kultusministeriums entsprachen allerdings dem gewohnten Muster: So schnell wie möglich alles überstreichen. Ministerialdirektor Dr. Josef Erhard fand es noch in der Veranstaltung „durchaus sinnvoll, so etwas nicht sofort zur internationalen Staatsaktion zu machen, wo noch nicht einmal klar ist, ob ein Hintergrund vorhanden ist, über den zu sprechen lohnt“. Ernst Grube, Überlebender des KZ Theresienstadt und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau, widersprach dem heftig. Er berichtete von faschistischen Flugblättern, die bereits seit Monaten im Augsburger und Dachauer Raum verteilt wurden, und wies auf die Zerstörung einer Schautafel des Fördervereins sowie auf das empörende „Zigeunerjuden“-Urteil eines bayerischen Richters hin. Derartige werde nicht verhindert, indem man es verschweigt. „Ich habe Angst!“ fuhr Grube eindringlich fort. Die Tatsache, dass in den Schmierereien Namen genannt werden, sei eine neue Qualität. „Jetzt werden Charlotte Knobloch und Michael Friedman genannt. Wann wird Max Mannheimer (der Vorsitzende der Lagergemeinschaft Dachau) genannt? Wann wird Ernst Grube genannt?“ Hoffnung müsse man auf die Mehrheit setzen, die keine Neonazis sind. „Die müssen wir gewinnen, dass sie sich wehren. Aber dafür müssen die Bescheid wissen über das, was passiert.“

Die Diskussion darüber, wie die Gedenkstätte besser geschützt werden kann, verlief mehr oder weniger im Sande. Merkwürdige Vergleiche zog wiederum der Ministerialdirektor aus dem Kultusministerium: Schon 1993, als die Roma die Gedenkstätte zur Fluchtburg

gemacht hatten, sei eine ähnliche Diskussion gelaufen. Er selbst halte es für pervers, die Gedenkstätte jetzt von außen „genauso abzuriegeln“, damit niemand hinein kommt, wie sie „damals“ von innen abgeriegelt gewesen sei, damit niemand hinaus kommt. Bewegungsmelder etc. sei natürlich etwas Anderes.

Man einigte sich schließlich darauf, dem Kultusministerium die Auslobung einer Belohnung für Hinweise auf die Täter zu empfehlen. Ansonsten sei der beste Schutz für die (in abends und nachts menschenleerer Gegend am Stadtrand von Dachau liegende) Gedenkstätte „die Zuwendung der Bürger“, die in ihr einen Ort sehen müssten, „der nicht ungestraft angerührt wird“.

Genau das ist aber zu befürchten. Fünf Tage nach der Veranstaltung ist die Polizei noch keinen Schritt weiter. Auf telefonische Anfrage entschuldigt sich Staatsschützer Mainz, es seien leider keine Hinweise aus der Bevölkerung gekommen. Gezielte Ermittlungen in der örtlichen oder regionalen rechten Szene werden nicht durchgeführt. Es fehle, so Mainz, der „Anfangsverdacht“, um jemanden befragen zu können. Erstaunlich, dass die bayerische Polizei bei derartigen Maximen überhaupt jemals ein Verbrechen aufdeckt. Und: Reichen die Äußerungen des NPD-Funktionärs Horst Mahler etwa nicht aus, um bekannte NPD-Aktivistinnen genauer unter die Lupe zu nehmen?

Am Ende der Veranstaltung in Dachau am 19.9. glaubte Josef Erhard, in einem peinlichen Nachklapp nach dem Schlusswort des Moderators seine Regierung gegen jede Kritik in Schutz nehmen und ihr antifaschistisches Engagement (z.B. beim NPD-Verbotsantrag) rühmen zu müssen. Eine telefonische Nachfrage heute, am 24.9., ergab, dass bislang nicht einmal der Bitte des Staatsschützers Mainz entsprochen wurde, eine Belohnung für Hinweise auszusetzen, die zur Ergreifung der Täter führen. Landauf, landab wird derweil über eine Verschärfung der Gesetze zur Terrorbekämpfung geredet. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt?

Renate Hennecke

Respekt und Toleranz wahren!

KREFELD. In einer Stellungnahme zu den Terroranschlägen in den USA drückt das Präsidium des Deutschen Städtetages Entsetzen und Mitgefühl mit den Opfern und ihren Angehörigen aus. „Die deutschen Städte werden auch weiterhin große Anstrengungen unternehmen, das friedliche Zusammenleben ihrer Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Herkunft oder Religion sicherzustellen und zu fördern. Dieses Bemühen wird bestimmt von dem Bekenntnis zum Dialog mit den Religionen und zur gegenseitigen Anerkennung ihrer Kulturen. Ohne diese Integrationsleistung der Städte wird es keine friedliche Zukunft für unser Land geben. Abscheu und Zorn über die Anschläge dürfen nicht dazu führen, Angehörige einzelner Völker oder einer Religion pauschal in die Nähe zu den Attentätern zu bringen und sie zu diskriminieren. Respekt vor unterschiedlichen Religionen und Kulturen sowie Toleranz müssen auch in Zukunft Grundlagen städtischen Lebens bleiben.“

www.staedtetag.de

Stadtfrieden verteidigen:

MÜNCHEN. Nach einem Brandanschlag auf eine Moschee in Pasing sagte Siegfried Benker von der Grünen Stadtratsfraktion: „Wenn die Muslime zu Feindbildern aufgebaut werden, wird es auch Menschen geben, die gegen sie vorgehen. Dies bedeutet, dass die Stadt München sich noch intensiver als bisher um einen Dialog mit den Muslimen in München bemühen muss. Einen entsprechenden Antrag für die nächste Vollversammlung hat die Fraktion heute gestellt. Dieser Antrag ist vor allem für die nächste Zukunft wichtig. Wenn es Krieg gegen Afghanistan gibt, in den andere islamische Länder evtl. miteinbezogen werden, muss der Kontakt mit den Muslimen hier in München intensiviert werden – das Gespräch darf nicht abreißen. Deshalb soll schnellstmöglich ein Runder Tisch einberufen werden, um dies zu verhindern. Wir wollen zeigen: die Münchner Muslime und alle anderen Münchner haben das gleiche Ziel: den Erhalt des Stadtfriedens ohne Ausgrenzungen.“ Er wandte sich ferner gegen den Ruf von Innenminister Beckstein nach Gesetzesänderungen und die Vermischung der Diskussion über die Terroranschläge mit dem Thema Zuwanderung.

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Wasserpolitik: **KÖLN.** Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) hat vehemente Kritik am sogenannten Langen-Bericht zur Daseinsvorsorge und den hierin enthaltenen Vorschlägen zur zukünftigen europäischen Wasserpolitik geäußert. Der Bericht des Abgeordneten Werner Langen (EVP) fordert eine schrankenlose Liberalisierung und

Entkommunalisierung der Wasser- und Abwasserwirtschaft. „Das steht im krassen Widerspruch zur bisherigen EU-Wasserpolitik, Wasser ist kein Business, sondern elementare Daseinsvorsorge“. Dies sei auch in der gerade vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat verabschiedeten EU-Wasserrahmenrichtlinie bestätigt worden, in der Wasser als ein besonders schutzwürdiges Gut bezeichnet und die Versorgungsaufgabe als Teil der öffentlich-rechtlichen Daseinsvorsorge bewertet werde. Wasser unterliege weder ausschließlich noch primär einer ökonomischen Bewertung, sondern im Vordergrund ständen die im öffentlichen Interesse liegenden Bedürfnisse nach Gesundheits- und Verbraucherschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. Die Aufgabe könne deshalb auch nicht ausschließlich oder überwiegend der Privatwirtschaft überlassen werden.

www.vku.de

Gewerbsteuer: **BERLIN.** Angesichts der dramatischen Einbrüche bei den Gewerbesteuer-Einnahmen in vielen Städten hat der Deutsche Städtetag Bund und Länder dringend aufgefordert, noch in diesem Jahr mit den Vorbereitungen für eine Gemeindefinanzreform zu beginnen sowie zwei Beschlüsse aus der Steuerreform zurückzunehmen: Der steigende Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer durch die sogenannte Gewerbesteuerumlage müsse zurückgeführt werden. Außerdem müsse die ab 2002 geltende Gewerbesteuerbefreiung von Dividenden aus Beteiligungen entfallen.

Kritisch äußerte sich der Städtetag zu dem Modell des BDI für Änderungen an der Gewerbesteuer. Der BDI will die Gewerbesteuer und den heutigen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ersetzen durch einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftssteuer, der in die Kassen von Städten und Gemeinden fließt. „Dieses Konzept birgt gerade für die großen Kernstädte erhebliche Gefahren und würde die ohnehin schon bestehenden Probleme zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden verschärfen.“ Da die Kernstädte bei dieser Ersatzlösung voraussichtlich gezwungen wären, ihre Bürger wesentlich stärker zu belasten als dies die Umlandgemeinden mit ihrem heute viel niedrigeren Gewerbesteuervolumen tun müssten, würde sich insbesondere für die Bezieher höherer Einkommen der Anreiz zum Wechsel des ersten Wohnsitzes ins Umland noch verstärken. Außerdem sei besonders in großen Städten eine Umverteilung der Steuerlast von den heute gewerbesteuerzahlenden Unternehmen auf breite Schichten einkommensteuerzahlender Bürger zu befürchten.

www.staedtetag.de
Zusammenstellung: ulj

FAG Kugelfischer:

Gegen „feindliche“ Übernahme durch INA

Die überraschende Ankündigung der INA Holding Schäffler KG vom 10. September an die Aktionäre von FAG Kugelfischer, für den Preis von 11 Euro / Aktie im Zeitraum vom 17. September bis zum 22. Oktober mindestens 75 Prozent der FAG-Aktien erwerben zu wollen, haben der Vorstand von FAG Kugelfischer, der Vertreter der noch an FAG beteiligten Familie Schäfer, aber auch die IG Metall und die Betriebsräte von FAG Kugelfischer, als Versuch einer „feindlichen“ Übernahme gewertet und abgelehnt.

Aus der existenziellen Krise 1992/1993 konnte sich FAG nur durch einen radikalen Schritt retten:

- Halbierung der Belegschaft
- Aufnahme von 1 Mrd. DM Kreditschulden
- Übernahme der Aktienmehrheit vom früheren Eigentümer, den Familien Schäfer, durch einen Bankenpool.

Die radikale Sanierung und die erfolgreiche Restrukturierung der letzten Jahre mit einem Abbau der Schulden auf 400 Mio DM haben FAG Kugelfischer zu einem potentiellen Übernahmekandidaten für interessierte Konkurrenten auf dem Wälzlagermarkt gemacht. Insbesondere der aktuelle Börsenkurs vor dem Übernahmeangebot mit einer relativ niedrigen FAG-Gesamtkapitalisierung von 435 Mio. Euro und ein noch vorhandener Verlustvortrag von 500 Mio. DM (vom übernehmenden Konzern zur Steuersenkung nutzbar) haben INA zur Übernahme gereizt („Schnäppchen“). Sollte die Übernahme von FAG gelingen, würde INA mit einem Anteil von 19 Prozent am Wälzlagerweltmarkt mit dem führenden SKF-Konzern gleichziehen.

Wir dokumentieren hier die Position des FAG-Vorstands und berichten über die Ergebnisse der bundesweiten Konferenz der IG Metall-Vertrauensleute von FAG Kugelfischer am 15. September in Schweinfurt. (cls)

FAG-Vertrauensleutekonferenz – Aufruf zur gemeinsamen Verteidigung der Arbeitsplätze

Auf der Konferenz waren als Gäste Vertreter der Betriebsräte der Schweinfurter Großbetriebe und drei Betriebsräte der INA-Gruppe, darunter der Vorsitzende des Konzern-

Erklärung der Vertrauensleute bei FAG Kugelfischer

Die geplante feindliche Übernahme von FAG durch INA ist Ausdruck des Aktionärskapitalismus, in dem der Börsenwert über Wohl und Wehe von Belegschaften entscheidet. Sie werden verhört wie Waren.

Der FAG-Konzern hat nach dem Desaster 1993 wieder Fuß fassen können und sowohl eine Verbesserung der Ergebnisse als auch eine Verringerung der Schulden erwirtschaftet.

Dies alles ist das Ergebnis einer motivierten, leistungsfähigen Belegschaft, die mit vollem Einsatz – vielfach mit Überstunden und Wochenendarbeit – geleistet wurde. Wichtig waren auch umfangreiche Vereinbarungen zwischen dem Vorstand und der betrieblichen und überbetrieblichen Interessensvertretung, den Betriebsräten und der IG Metall.

Gemeinsam mit den Belegschaften wurde erreicht, dass Standorte erhalten wurden, über den Abschluss eines Beschäftigungsbündnisses konnten Arbeitsplätze abgesichert werden, die Einflussmöglichkeiten der Interessensvertretung auf Entscheidungen des Vorstands wurden verbessert und die Fortführung des Gemeinschaftsbetriebs festgeschrieben. Darin sehen wir die Grundlage für die Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter.

Dies alles ist mit der Übernahme durch INA in Frage gestellt. Diese für uns sehr existenziellen Errungenschaften werden wir

verteidigen, dafür lohnt es sich, gemeinsam zu kämpfen.

Die Vertrauensleute von FAG Kugelfischer sehen in dieser feindlichen Übernahme keine geeignete Möglichkeit, um die Probleme der Wälzlagerbranche zu lösen. Wir befürchten vielmehr einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen (z.B. durch Zusammenlegungen, Unternehmens-Aufspaltung, Outsourcing, usw.) und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (regelmäßige Samstagsarbeit, Bestand des Tarifvertrags, Einkommen, usw.).

Die Beschäftigten der Wälzlagerbranche dürfen nicht nur Schachfiguren in diesem Spiel sein. Die Interessenvertretungen der Belegschaften bei FAG und INA und ihre Argumente müssen einbezogen werden.

Wir rufen deshalb die Beschäftigten bei INA und FAG auf, ihren Anspruch auf sichere Arbeitsplätze und geregelte Arbeitsbedingungen geltend zu machen. Informiert Euch über den Fortgang der Ereignisse und fordert den Einfluss Eurer Interessenvertreter auf die Entscheidungen ein. Wir, die Vertrauensleute der IG Metall bei FAG Kugelfischer, werden die weiteren Gespräche und den Verlauf aufmerksam verfolgen und behalten uns Maßnahmen und Aktionen gemeinsam mit der Belegschaft vor.

(Konferenz der IG Metall-Vertrauensleute der deutschen FAG-Werke in Schweinfurt am 15. September 2001)

betriebsrats, anwesend. Referate hielten unter anderem IG Metall-Bezirksleiter Neubauer, der FAG-Konzernbetriebsratsvorsitzende Weingart und Prof. Bierbaum (Saarbrücken). Nach ausführlicher Beratung der Vorträge und der Situation in den FAG-Betrieben verabschiedeten die Vertrauensleute einstimmig eine Erklärung zur geplanten Übernahme durch INA.

Die Position der IG Metall

Den Wälzlager-Weltmarkt teilen sich im wesentlichen 12 Konzerne mit SKF (19 Prozent) an der Spitze auf. Von den führenden US-amerikanischen und europäischen Konzernen (SKF, FAG und INA) hält nur SKF einen beachtenswerten Marktanteil in Asien. Die Wälzlagerhandelsbilanz ist sowohl von den USA als auch von Europa zu Japan stark negativ.

Die IG Metall rechnet damit, dass der Konzentrationsprozess in der Wälzlagerindustrie sich weiter verschärft und weltweit vier bis fünf Konzerne übrigbleiben werden. Langfristig werden das nur solche Unternehmen sein, die in den drei wichtigsten Märkten (USA, Europa, Asien) über entsprechende Marktanteile verfügen. Insgesamt besteht ein sehr hoher Kapitalbedarf in der Branche. FAG ist finanziell nicht dazu in der Lage, Anteile an einem US-amerikanischen oder japanischen Unternehmen zu übernehmen. FAG ist wie INA vor allem auf dem europäischen Markt stark, im Gegensatz

zum SKF-Konzern, der in allen drei Märkten der Triade relevant vertreten ist.

Die IG Metall hat deshalb die strategische Kooperation zwischen FAG und dem japanischen NTN-Konzern begrüßt, unter der Zielsetzung, einen US-Konzern als weiteren Kooperationspartner zu finden. Eine Kooperation birgt aus Sicht der IG Metall einige Risiken, hat aber die Vorteile, dass es keine Kulturbrüche gibt, dass unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten Prozesse nach Bedarf gesteuert werden können und Kosten-Nutzen-Potentiale in einem relativ kurzen Zeitraum genutzt werden können.

Bezüglich der geplanten Übernahme von FAG durch INA sieht die IG Metall ein erhebliches Gefahrenpotential:

- Da sowohl FAG wie auch der Wälzlagerbereich von INA stark europakonzentriert sind (Umsatzkonzentration zu 80 Prozent auf Europa), wird die Übernahme für die beiden beteiligten Konzerne keine Verbesserung der Marktposition in den USA bzw. in Japan bringen, im Gegenteil, die bestehende Kooperation FAG / NTN würde in Frage gestellt. Die Grobstruktur des neuen INA-Konzerns würde der alten Struktur von FAG vor der Krise von 1993 entsprechen.

- INA hat aus dem Kauf von LuK (2 Mrd. DM) noch Altschulden. Auch die Kosten der Übernahme von FAG (1,3 Mrd. DM + x, zu 100 Prozent von der Deutschen Bank finanziert) müssen von INA erst noch er-

wirtschaftet werden. Zu rechnen ist mit einer Nachfrist für das Übernahmeangebot über den 22. Oktober hinaus, verbunden mit einem Anstieg des FAG-Börsenkurses auf 12 oder 13 Euro. Das würde es sehr wahrscheinlich machen, dass Teile des FAG-Konzerns anderweitig verkauft würden, um die aufgenommenen Kredite zumindest teilweise schnell tilgen zu können. Die *Frankfurter Rundschau* meldete am 11. September, dass laut Geißinger (INA-Vorstandsvorsitzender) noch nicht geklärt sei, ob vielleicht doch einzelne Teile der Produktion von FAG veräußert würden.

- Obwohl INA vor allem Nadellager produziert, ein Markt, auf dem FAG nicht vertreten ist, Produktüberschneidungen mit nur ca. 10 Prozent angegeben werden, ist mit erheblichen Synergieeffekten, vermutlich im Vertrieb, in der Komponentenherstellung, im Bereich Verwaltung (Dienstleistungen der FAG Holding), aber auch in Forschung und Entwicklung zu rechnen. Dies würde sowohl bei FAG als auch bei INA zu Beschäftigungsabbau führen. INA hat angekündigt, dass der Sitz des Unternehmens Herzogenaurach sein wird. Hier werden die strategischen Entscheidungen fallen, die von den Einzelunternehmen nachzuvollziehen sind. Der FAG-Konzernbetriebsratsvorsitzende Weingart befürchtet: „Im INA-Konzern werden die FAG-Standorte eine untergeordnete Rolle spielen, das heisst, wir sind eine verlängerte Werkbank.“ Der Konzern FAG mit Sitz in Schweinfurt würde als solcher ausgelöscht. FAG würde zwar als Marke, aber nicht als selbstständiges Unternehmen erhalten bleiben.

- Die Struktur des Unternehmens würde sich mit Sicherheit ändern. Vergleichbare Produktbereiche würden entweder der Struktur der INA-Schäffler-Gruppe zugeschlagen oder aber in eine neue Struktur gegossen.

- Die innere Logik einer „feindlichen“ Übernahme würde automatisch Gewinner und Verlierer produzieren, Ängste würden ausgelöst und beide Unternehmen über längere Zeit gelähmt und möglicherweise bei den Kunden beschädigt.

- Auch die Struktur der betrieblichen Interessenvertretung würde durch die Neustrukturierung der Unternehmen betroffen. Befürchtet wird, dass die Vereinbarungen über Gemeinschaftsbetriebe an den deutschen Standorten von FAG gelöst würden. Da INA eine Personengesellschaft ist, besteht ein erheblich niedrigeres Niveau an Mitbestimmungsrechten bezüglich wirtschaftlicher Unternehmensentscheidungen, es besteht keine Verpflichtung, Geschäftsberichte zu veröffentlichen. Informationen nach innen wie nach außen werden stark abgeschottet. Die Möglichkeit, von Seiten der IG Metall oder der Betriebsräte Einfluss auf die Unternehmenspolitik von INA auszuüben, würde dadurch sehr schwach sein.

Im Klaren ist sich die IG Metall darü-

ber, dass auch nach einem etwaigen Scheitern der Übernahme durch INA, FAG ein potentieller Übernahmekandidat bleiben würde. Dazu IG Metall Bezirksleiter, Werner Neugebauer: „Es gibt nur einen Weg für FAG. Die Kooperation muss kräftig und rasch vorangetrieben werden. Ansonsten ist der Konzern weg vom Fenster.“

Weiteres Vorgehen der IG Metall

Nach der Durchführung von Informationsveranstaltungen an allen FAG-Standorten am 14. September und der bundesweiten Vertrauensleutenkonferenz am 15. September ist für den 21. September ein Gespräch zwischen der IG Metall, den Betriebsratsvorsitzenden der FAG-Werke und dem INA-Vorstandsvorsitzenden geplant. Von den Ergebnissen dieses Gesprächs wird die IG Metall ihr weiteres Vorgehen abhängig machen. Die Erklärung der IG Metall-Vertrauensleute endet mit der Ankündigung „Wir ... werden die weiteren Gespräche und den Verlauf aufmerksam verfolgen und behalten uns Maßnahmen und Aktionen gemeinsam mit der Belegschaft vor.“

Trotz des bei FAG vereinbarten Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrags (Laufzeit bis Ende 2004) waren sich die FAG-Vertrauensleute darin einig, dass die weitere Entwicklung nur dann positiv beeinflusst werden kann, wenn IG Metall und Betriebsräte von den FAG-Beschäftigten kräftig unterstützt werden, wenn die Menschen bereit seien, sich für ihre Interessen einzusetzen. Von vielen Rednern wurde betont, dass alles, was in den letzten acht Jahren nach der Krise mühsam erkämpft wurde, nur möglich wurde durch die enge Solidarität zwischen den einzelnen FAG-Standorten. Um zu verhindern, dass Betriebsräte von FAG und INA gegeneinander ausgespielt werden, wird die IG Metall in Kürze gemeinsame Arbeitstagen organisieren.

Viele Redner warnten davor, sich vor den Karren des FAG-Vorstandsvorsitzenden Dr. Loos spannen zu lassen. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schweinfurt, Klaus Ernst, forderte unter großem Beifall der Versammlung, dass Dr. Loos als Zeichen guten Willens sofort das geplante Outsourcing von Werkswache und Feuerwehr zurückziehen solle. (cls)

Öffentliche FAG-Betriebsversammlung am 25. 9.

Am 25. September fand eine öffentliche Betriebsversammlung der FAG-Gemeinschaftsbetriebe Schweinfurt, Eltmann und Elfershausen mit mehreren tausend Teilnehmern vor dem Werkstor statt. Der Betriebsratsvorsitzende Weingart berichtete, dass der INA-Vorstand in einem Gespräch mit Betriebsräten und der IG Metall zugesagt hätte, dass FAG seine eigenständige Unternehmensstruktur mit allen Funktionen behalten solle, einschließlich der für die Zukunft wichtigen Bereiche Forschung und Entwicklung, Werkzeug- und Maschinenbau, Corporate Service GmbH, Prozessentwicklung, Anwendungstechnik, Vertrieb, Erstausbildung



und betriebliche Weiterbildung. Das hieß: „Keine Zerschlagung von FAG“. Falls die feindliche Übernahme nicht abgewendet werden könne, wollten Betriebsrat und IG Metall einen Tarifvertrag durchsetzen, der diese von INA gemachten Zusagen inklusive des Weiterführens der mit der Arbeitnehmerseite geschlossenen Verträge wie Beschäftigungsbündnis, Gültigkeit der Tarifverträge, Gemeinschaftsbetrieb, Betriebsvereinbarungen festschreibe und ausdrücklich die Schließung von Standorten ausschließe.

In einem Gespräch mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Wiesheu habe man diesen aufgefordert, in der Schlammschlacht der „feindlichen“ Übernahme eine ausgleichende, vermittelnde Rolle einzunehmen. Die Bayerische Staatsregierung dürfe nicht zusehen, wenn zwei in Bayern beheimatete Unternehmen sich öffentlich mit Dreck bewürfen. Man habe Wiesheu den Vorschlag unterbreitet, dass INA und FAG unter Vermittlung der Bayerischen Staatsregierung als gleichberechtigte Partner in Gespräche eintreten sollten, wie sinnvollerweise die weltweiten Wälzlageraktivitäten zu bündeln seien. Dem Wirtschafts-

minister wurde die Forderung nach einem Übergangstarifvertrag erläutert. Wiesheu teile in vielen Punkten die Ängste und Sorgen und unterstütze in jedem Fall die Strategie, Standorte und Beschäftigung abzusichern. „Mit Werner Neugebauer für die IG Metall und mit den INA-Betriebsräten sind wir einer Meinung: Eine Beschädigung beider Unternehmen lassen wir nicht zu! Es geht nicht um Dr. Loos und Dr. Geißinger, es geht um unsere Arbeitsplätze und um unsere Zukunft!“

(cls)

„Angriff auf Manhattan ist ... auch ein Angriff auf Bertelsmann“.

– HB, Montag, 17.9.01. – Bertelsmann als größter deutscher Arbeitgeber in New York mit ca. 5000 Beschäftigten in Manhattan, 18000 in den USA, fühlt sich „von der Wirkung her“ genauso angegriffen wie die Ziele in Manhattan, so T. Middelhoff, Vorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh.

Wirtschaft will Kontakte zu Irak und Iran erhalten.

– Die deutsche Wirtschaft will die von USA als „Schurkenstaaten“ angesehenen Länder wie Irak oder Libyen nicht in Frage stellen. Der Vorsitzende der Nordafrika Mittelost-Initiative der deutschen Wirtschaft, Lederer, ist dafür, den seit 1.9.2001 in Bagdad residierenden deutschen Geschäftsträger trotz der neuen Entwicklung im Land zu belassen.

Neubewertung der Personalpolitik nach Anschlägen in USA?

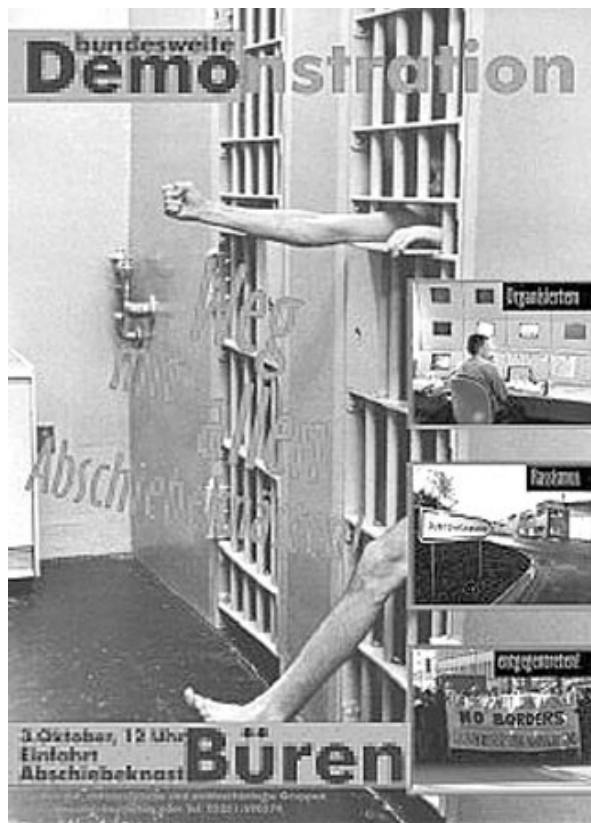
– *Financial Times Dtl.*, Mittwoch, 19.9.2001. BDA und Gesamtmetall appellieren, moderate Tarifforderungen aufzustellen. „Die Betriebe müssen ihre Personalpolitik nach dem 11.9. neu bewerten“ warnte der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, H.W. Busch, die Gewerkschaften.

Polnische Zeitschriften in deutscher Hand.

– Die Konzernzentralen der größten polnischen Zeitschriftenverlage liegen in Hamburg. Axel Springer und Gruner und Jahr sind die wichtigsten Investoren auf dem polnischen Zeitschriftenmarkt. Nach Angaben von Gruner + Jahr kontrollieren deutsche Verlage gut 41 % des Marktes und erwirtschafteten im vergangenen Jahr rund 250 Mio. Euro. Die Zahl der Zeitschriftentitel stieg nach Angaben des polnischen Verlegerverbandes zwischen 1994 und 1998 um 30 % auf fast 3600 Titel.

Deutsche Firmen sorgen sich um Auslandsstandorte.

– HB, Freitag/Samstag 21./22.9.2001. – Viele Firmen entdecken, dass sie sich bei Auslandsgeschäften durch Exportbürgschaften oder Investitionsschutzversicherungen abgesichert haben, Terroranschläge wurden von vielen dagegen nicht als brisant bewertet. „Die Verunsicherung ist groß, weil viele Firmen nicht genügend vorbereitet sind“, so R. Socha von Control Risk (spezialisiert auf Risiko Management). „Es muss darum gehen, das Sicherheitsbewusstsein in den Chef-Etagen zu fördern, und nicht erst in Krisenzeiten“, meint F. Goldammer vom BDI. „Dazu gehört, dass nicht mehr der ganze Firmenvorstand in einem Flugzeug fliegt.“ *Presseauswertung: rst*



Mittwoch, 3. Oktober: Bundesweite Demonstration in Büren gegen Abschiebung und Abschiebehaft. Büren ist der größte Abschiebeknast in Deutschland. Beginn 12 Uhr.

6./7. Oktober, Dresden: Parteitag der PDS

12. Oktober, Berlin: *Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension.* Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettinger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: *Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken.* Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgerstr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

19./21. Oktober, Berlin: *Eine andere Welt ist möglich. Kongress der internationalen Attac-Bewegung.* Die jeweils aktuellste Fassung des Kongress-Programms ist unter www.attac-netzwerk.de/kongress zu finden. Ort: voraussichtlich Technische Fachhochschule Wedding.

21. Oktober, Berlin: *Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksparlamente*

26.-28. Oktober, Hamburg: *Demokratie – wo und wie?* Kongress, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg. Es laden ein: Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Herbert Schui (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), die überparteiliche Bürgerinitiative für Sozialismus, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Red-

aktion „Ossietzky“ und die Redaktion „Sozialismus“. Detaillierte Informationen und das aktuelle Kongressprogramm unter www.sozialismus.de/demokratiekongress

16.-18. November, Bad Segeberg: *Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein* anlässlich seines 10-jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: *Symposium zum PKK-Verbot.* YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yekkom@gmx.net

23./24. November, Mannheim: *Nichts mehr zu verteilen?* Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus. 8. *Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS.* Fragestellungen: Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält? Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeteiligungen lösen will? Verliert der Sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung? Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik? Anmeldung bei: Konferenzbüro 8. Gewerkschaftskonferenz, c/o Regionalbüro Baden der PDS-Bundestagsfraktion, Helmut Roos, Alte Bergheimer Str. 8, 69115 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 18 06 30, Fax (0 62 21) 18 06 31, E-Mail: PDS-BTF-Baden@t-online.de

24. November, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften,* Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

28. November, Brüssel: *Forum Soziales Europa* mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: www.sozialismus.de)

1. Dezember, Berlin: *Genossenschaften – eine Chance für demokratische Reformalternativen?* 4. *Workshop der PDS zur Genossenschaftsproblematik.* Diskutiert werden sollen insbesondere zwei Fragen: 1. Welche Potenzen für gestaltende Politik bergen Genossenschaften bzw. der Genossenschaftsidee verbundene Projekte in sich? Wie kann linke Politik helfen, gemeinsam mit Betroffenen diese Potenzen zu heben? Der Workshop soll zum einen die Debatte der PDS über soziale, ökologische und zivile Reformalternativen und so die Programmdiskussion bereichern, zum anderen Anregungen und Unterstützungen für in genossenschaftlichen Zusammenhängen bzw. Genossenschaften Aktive geben. In diesem Zusammenhang interessieren vor allem zwei Probleme: 1. die genossenschaftliche Demokratie und die wirtschaftsdemokratischen Rahmenbedingungen für Genossenschaften bzw. Selbsthilfeprojekte sowie 2. ihre Finanzierung und Förderung.